

# Hartz IV und Agenda 2010 müssen weg!



EINE LINKE ZWEIFACHWOCHE ZEITUNG

## ■ 88-jährige vor Angst gestorben?

Soll denkmalgeschützte Leipziger Wohnsiedlung an der Leinestraße möglichst mieterfrei verkauft werden? **Seite 3**

## ■ Tiefensee schreibt LN zu Hartz

**Seite 5**

## ■ Wenn am Computer Blut fließt

... kommt das dem „Bildungsauftrag“ der Bundeswehr durchaus zupass. Warum sonst war sie auf der Computermesse präsent? **Seite 11**

## ■ Größter Erfolg der Athener

Sie zwangen US-Außenminister Powell zur Absage seines Olympiabesuchs **Seite 13**

18

2004

12. Jahrgang

3. September

1 Euro

Tel./Fax:

0341-

21 32 345

# 50 000! Ganz schön viel Volk



Foto: Fiebelkorn

Was für dunkle Gewitterwolken über der SPD und ihren Verbündeten. Da heißt es, Regenschirme aufspannen – oder aus allen Medien sprachgeregelt drohen zu lassen: Lafontaine ist kreuzgefährlich. Fragt sich halt, für wen. Für die Demonstranten jedenfalls nicht, die hörten ihm in der übergroßen Mehrzahl sehr zustimmend zu. Viel vorher geschürte oder echte Skepsis gegen seinen Auftritt dürfte während seiner aufrüttelnden Ansprache verfliegen sein. Und der bestellte Eierwerfer, der noch nicht mal richtig zielen konnte, ist wahrlich eine zu vernachlässigende Größe.

Ernster ist die Sache mit OBM Tiefensee, der noch in letzter Minute bei Spiegel-online recht landtagswahlkämpferisch wettete: „Wie sollen wir denn hier in Sachsen einer Instrumentalisierung der Demonstrationen durch die PDS entgegenwirken, wenn ein SPD-Politiker sie gleichfalls für seine persönlichen Zwecke

missbraucht?“ Erstens geht es einen Hartz-IV-Befürworter gar nichts an, wer zu den Demonstranten spricht. Und zweitens riecht die panische Angst vor diesem Mann – der zweifelsohne auch eigene, noch nicht völlig klare Ziele verfolgt – aus allen Poren. Getreu dem Motto, Angriff sei die beste Verteidigung, verschworen sich sämtliche Befürworter der gegen das Volk durchgepeitschten Armutsgesetze zu einer heiligen Hetzjagd gegen den „Napoleon von der Saar“. Aber wie gesagt, den Montagsdemonstranten, denen übrigens auch eine ihr Anliegen unterstützende Erklärung von 50 ehemaligen Bürgerrechtlern vorgetragen wurde, war nur wichtig, die Wahrheit über die verlogene Schröder-Fischer-Politik zu hören.

Als die Demo losging, war die Sprachregelung der Medien klar: Buh-Rufe, Eierwürfe, Spaltpilz, Höflichkeitsbeifall ... Richtig schön formulierte die Panik dann am Morgen

danach der neue West-LVZ-Chefredakteur Bernd Hilder: „Lafontaine steht derzeit da wie ein Tribun ohne Volk. Seine Hoffnung, als populistischer linker Heilsbringer von den enttäuschten Massen gerufen zu werden, ist wie ein Blütenraum im wohligen, realitätsfernen Saarbrücker Exil zerplatzt.“

Wer mittendrin war, erlebte den 30. August in Leipzig völlig anders. Einen prall gefüllten Augustusplatz, großartige, von den Medien totgeschwiegene Reden – von Anja Brühl von der Gewerkschaftsjugend der Telekom; Regina Richter, Friseurin und Betriebsratsvorsitzende von Astoria; Peter Heller, Vorsitzender des Bundeserwerbslosenausschusses von Ver.di; Matthias Dittmann, Vorsitzender des Arbeitslosenverbandes Deutschlands. Und Lafontaine, der stürmischen Beifall fand.

• WART

## Montagsdemonstranten: Wir kommen wieder!

## Die Nachbesserer

Keines der im Bundestag beschlossenen antisozialen Reformgesetze ist über die Bühne gegangen, ohne dass unter dem öffentlichen Druck der Betroffenen ein Gefeiße und Gezerre um diese oder jene „Nachbesserung“ anhub, bei dem sich nicht selten die am lautesten hervortun, die zu den Urhebern der Regelungen gehörten.

Natürlich würde jeder Betroffene eine Zurücknahme der schärfsten Regelungen von Hartz IV gutheißen, aber die LVZ (24. August) lügt, wenn sie ihren Bericht überschreibt mit „Montagsdemonstranten wollen Nachbesserungen an Hartz IV“. In Wahrheit ist der dominierende Tenor: Hartz IV muss weg. Inwieweit das gelingen kann, steht auf einem anderen Blatt.

Die Demonstranten sagen: Mit uns nicht diese Taktik: zuerst das Maximale an Einschnitten und Druck beschließen, um dann je nach der Stärke des Protestes eventuell einige Milderungen zuzugestehen. Der Kurs der Agenda 2010, der die Menschen schröpft und permanent zum harten Ringen um ihre sozialen Rechte zwingt, ist aufzugeben.

• KURT RECHT

## Stunde der Demagogen

Krisenzeiten sind nicht nur geprägt durch Polarisierung der Fronten und scharfe Konfrontation der widerstreitenden Kräfte, sondern auch durch besondere Regsamkeit doppelgesichtiger und deshalb besonders gemeingefährlicher Zeitgenossen.

Als auf dem Tiefpunkt der Wirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre die Anzahl der Arbeitslosen in Deutschland auf die 8 Millionen zuzug und der Arbeiter-Wochenlohn 47 Prozent unter dem Niveau von 1929 lag, als die Organisationen der Monopole massiv nach Erhöhung der indirekten Steuern und Einführung einer Kopfsteuer sowie gleichzeitig nach Senkung oder Aufhebung von Gewerbesteuer, Vermögenssteuer, Kapitalertragssteuer usw. riefen und die von dem Sozialdemokraten Herbert Müller geführte Reichsregierung dem grundsätzlich zustimmte – in jener Zeit also ging die Hitler-Partei mit ausgesprochen antikapitalistischen Schlagworten und mit Versprechungen an alle in die Öffentlichkeit: „Brechung der Zinsknechtschaft“, „Vernichtung des raffenden Kapitals“, „Kampf gegen die korrupte Parlamentswirtschaft“, „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“. Es war jene Partei, die wenig später vom Großkapital an die Macht geschoben wurde und in der Folge seine Interessen auf brutalste Weise durchsetzte.

Gedanken, die mir beim Lesen der Postwurfsendung der NPD zur Landtagswahl kamen, deren Inhalt nur durch die ausländerfeindlichen Passagen am Schluss die braune Herkunft verrät und ansonsten den Anti-Hartz-Demonstranten nach dem Munde redet.

• GÜNTER LIPPOLD

## Olympia ade – es war schön

ARD und ZDF berichteten täglich viele Stunden von den Wettkämpfen. Waren deutsche Sportlerinnen und Sportler am Start, wurden ihre Leistungen hochgelobt. Blieben sie dann aber medaillenlos, hatten Moderatorinnen und Moderatoren immer öfter eine Lieblingsantwort parat. Doping der Wettkampfgegner!... Nie oder selten war man bereit, einfach nur der Leistung der Besseren Respekt zu zollen. Und das in der ersten Reihe bei ARD und ZDF.

Auch die internationale Presse berichtete in allen Farben, positiv wie negativ. Auf die Doping-Problematik aber hatte die griechische Zeitung „Eleftherotypia“ eine ganz besondere Sicht. Im sportlichen Wettstreit steht sie selbstverständlich für fairen Sport ohne Doping. Aber es gibt eben Ausnahmen, in denen sie Doping akzeptiert. Nämlich in der Kultur. Kultur?

Ja! Der griechische Komponist, Sänger und Politiker Mikis Theodorakis (79) gestand diesem Blatt offen, dass er sich bereits mit 18 Jahren gedopt habe: mit linker Politik und Kommunismus. Heute, 61 Jahre nach seinem ersten Dopingfall, kommentiert diese Zeitung einfach: „Super, Mikis!“

Vielleicht hilft dieses Dopinggeständnis ja Sachsens linken Politikern im Wahlkampf für den Sächsischen Landtag.

• H. E.



Auf eine Frage, Wolfgang Denecke:

## Was tun mit der Erststimme in Ihrem Wahlkreis?

LN: Das Problem ist unseren Lesern bekannt, Sie wurden um ihr Direktmandat im Wahlkreis 31 gebracht, formal, weil ein Stück Papier aus ihren Bewerbungsunterlagen von der PDS in Dresden nicht weitergeleitet wurde ...

Wolfgang Denecke: Zuerst einmal liegt es mir, wie auch dem ebenso betroffenen Siegfried Schlegel, am Herzen, darauf hinzuweisen, dass jede Stimme für die PDS zählt. Sie ist die einzige Partei, die uneingeschränkt die Interessen derer vertritt, die in diesem Land keine Lobby

mehr haben, die von der Sozialdemokratie samt den Grünen verraten wurden, von den sogenannten Christdemokraten sowieso.

Deshalb mache ich – auch wenn es am 19. September nicht möglich ist, mir und damit der PDS die Erststimme zu geben – weiter Wahlkampf. Noch bleibt die Zweitstimme. Auch mit ihr kann man der CDU zeigen, was man von ihrer Politik hält – und dass ihre überhebliche Art, mit PDS-Kandidaten umzugehen, nicht ankommt.

Ich vertraue ganz auf die Mün-

digkeit der Wählerinnen und Wähler in meinem Wahlkreis, mit ihrer Erststimme richtig umzugehen, hätte aber wenig Verständnis, wenn sie an jenen Kandidaten ginge, dessen Partei mich um mein passives Wahlrecht bringt.

Übrigens: **Der Wahlschein ist auch gültig, wenn man nur seine Zweitstimme ankreuzt und auf die Erststimme ganz verzichtet.**

Und: Wir werden den Kampf gegen diese Ungerechtigkeit nicht aufgeben und die Wahl anfechten.

An der vor 40 Jahren im NAW (Nationales Aufbauwerk) geschaffenen Thälmann-Gedenkstätte in Neukieritzsch traf sich am 18. August, dem 60. Tag der Ermordung des Arbeiterführers, die PDS-Basisorganisation und der PDS-Kreisvorstand Leipziger Land zu einer Gedenkfeier. Das Wort ergriffen der ehemalige Neukieritzscher Bürgermeister, Gerhard Brand, und der PDS-Kreistagsabgeordnete Günter Kolbusa.

Foto: B. Schweitzer



## In eigener Sache

Einmal mehr vermerkte dieser Tage ein Leipziger Blatt, dass im den letzten Jahren die Fraktionen im Leipziger Stadtrat recht locker mit Steuergeldern umgegangen sind. Wörtlich heißt es: „Bei der PDS moniert der Rechnungshof u. a. einen Zuschuss von damals 1100 DM zu einer Sonderausgabe der Zeitung ‚Leipzigs Neue‘.“ Da auch bei dieser Meldung keine näheren Angaben zum Inhalt dieser Sonderausgabe gemacht werden, teilen wir unseren Lesern dazu mit:

In Leipzig fand vom 7. Juni bis 21. Juli 2002 die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944“ statt. Ihr lag ein Beschluss des Leipziger Stadtrates zugrunde, der zugleich die Fraktionen dazu aufrief, die Ausstellung entsprechend zu unterstützen. Dem wollte die PDS-Fraktion nachkommen und verständigte sich mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. über eine gemeinsame Zeitungsausgabe zur Wehrmachtsausstellung. Als Partner hierfür wurde LEIPZIGS NEUE gewonnen, deren ehrenamtliche

Redaktion mit ebenso ehrenamtlich arbeitenden Autoren eine 16-seitige Sonderausgabe herstellte, die Teil des offiziellen Begleitprogramms der Stadt Leipzig zur Wehrmachtsausstellung war und kostenlos ausgegeben wurde. Den Leitartikel schrieb der bekannte Schriftsteller, Antifaschist und Wehrmachtsdeserteur Gerhard Zwerenz.

Die Herausgeber, die PDS-Fraktion und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, sowie das Redaktionskollektiv von LEIPZIGS NEUE erläuterten den Ausstellungsbesuchern das Anliegen dieser Sonderausgabe, die ausschließlich Beiträge enthielt, die das Anliegen der Ausstellung ergänzten. Der Vorsitzende der PDS-Fraktion, Dr. Lothar Tippach, wandte sich unter der Überschrift „Den Neonazis entgegenreten!“ an die Besucher, ebenso der Kulturbeauftragte der Stadt, Georg Girardet Nun, gelobt oder gar geehrt wird man für derartige Aktivitäten von Regierungsstellen nicht. Man wird vielmehr gerügt und man soll sogar zur Rechenschaft gezogen werden. Ja, wo leben wir eigentlich?

PROF. DR. KURT SCHNEIDER,  
DR. MAXI WARTELSTEINER

## Montags in Leipzig –



**DIE INTERESSEN-  
GEMEINSCHAFT  
„KRÄHENHÜTTE“, von  
der uns nachstehender  
Bericht erreichte, ent-  
stand als spontane  
Reaktion auf die große  
Verunsicherung aller  
Mieter der Siedlung an  
der Leinestraße, nach-  
dem sie Anfang März  
einen Brief der LWB  
erhielten. Darin war die  
Ausschreibung der  
gesamten denkmalge-  
schützten Siedlung zum  
Verkauf angekündigt.  
Die IG vertritt die  
Interessen fast aller  
Mieter (74 Personen,  
davon 28 über 60 und  
13 über 70 Jahre alt)  
dieser kleinen Leipziger  
Siedlung, die unter  
allen Umständen in  
ihren Wohnungen  
bzw. in diesem  
Wohngebiet bleiben  
möchten – und dies mit  
sozial verträglichen  
Mieten.**

## „Wenn ich hier raus muss, hänge ich mich auf“



Um Verständnis und Hilfe für die Betroffenen warb die Interessengemeinschaft am 25. August mit einem kleinen Sommerfest. Eingeladen war unter anderem das Mitglied des Sächsischen Landtags, Steffen Tippach (PDS). Er empfahl den Mietern, darauf zu dringen, dass in den Kaufverhandlungen Konditionen festgeschrieben werden, die die Ängste der Mieter berücksichtigen. An die anwesenden Vertreter der LWB gewandt, schlug er u. a. vor, Möglichkeiten von teilweiser Eigenfinanzierung bzw. Eigenleistungen bei der Sanierung zu prüfen. Die Mieter sollten sich auch mit einer Petition an den Stadtrat wenden, da der Verkauf nur mit Zustimmung der Stadt Leipzig erfolgen kann.

Oma Freiberger ist 94. Sie wohnt schon eine halbe Ewigkeit in der kleinen Siedlung an der Leinestraße, die während des zweiten Weltkrieges für die Mitarbeiter des einzigen Braunkohlebergwerkes Sachsens gebaut wurde. Billige Mieten, eine ruhige Lage, frische Luft, viel Grün und der kleine Garten hinterm Haus waren auch nach dem Krieg wichtig für jene, die unter Tage schufteten. Heute ist ein Drittel der Mieter über 60. Die Jungen sind längst weggezogen, nachdem die jahrelangen Versprechungen des städtischen Vermieters (LWB), die Häuser zu sanieren oder auch nur instand zu setzen, nie eingelöst wurden. Seit langem gibt es außerdem einen Einzugsstopp für neue Mieter. Die Krise im Gesundheitswesen – als „Reform“ getarnt – war für die überwiegend Kranken, Langzeitarbeitslosen und Rentner allein schon eine Katastrophe. Die im nächsten Jahr drohenden weiteren finanziellen Einbußen durch „Hartz IV“ bedeuten für viele Bewohner Armut. Um so wichtiger ist das soziale Netzwerk, das über die

Jahre entstanden ist. Oma Freudenberg kann nicht mehr aus dem Haus. Aber sie wird von den Nachbarn regelmäßig besucht und versorgt. So kann sie – wie andere Alte und Kranke – trotzdem noch eigenständig wohnen und

kannte gemeinnützige Verein *Jugendhaus e.V.* betreibt seit über zwei Jahren hier erfolgreich ein Wohnprojekt für jene Kids, die sonst wohl auf der Straße leben würden. Die Jugendlichen sind in der Zwischenzeit akzeptiert und fühlen sich

zum Abriss vorgesehenen Plattenbauten in Grünau als Billigwohnungen für sozial Schwache anzubieten. Dabei wissen wir doch seit den Erfahrungen im Westen seit Jahrzehnten genau, was solche Ghettos für immense Probleme nach sich ziehen. Bei einigen wie der 88-jährigen Frau Nürnberger waren ihre Mitarbeiter schon persönlich. Dieser Besuch hat unsere Mitbewohnerin so mitgenommen, dass sie das Bett hüten musste. Vorgestern stand ein Krankenwagen vor ihrem Haus. Heute ist sie gestorben.



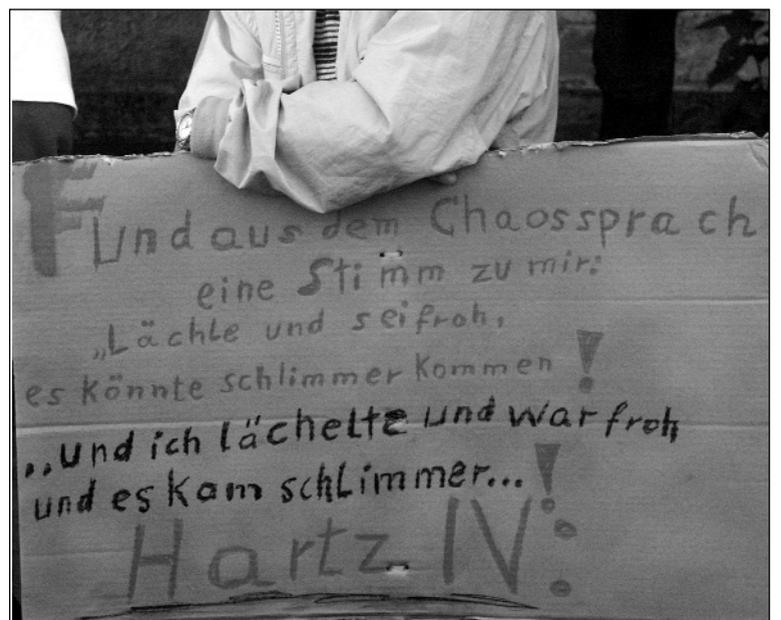
LVZ v. 6. 8. 04

das ist allemal angenehmer und obendrein billiger als ein langer Krankenhausaufenthalt oder der Platz im Pflegeheim. Einmal wöchentlich kommt ein fahrender Händler und versorgt all jene, die nicht mehr selbst zum Einkaufen gehen können, mit allem Notwendigen. Der be-

wohl in „ihrem Kiez“. Am 8. März diesen Jahres verschickte die LWB Schreiben an ihre langjährigen Mieter. Sie will die Siedlung am Rande der Stadt verkaufen. Angst herrscht unter den Bewohnern besonders auch deshalb, weil genau diese Wohnungsgesellschaft kurz darauf ankündigte, ihre eigentlich

Inzwischen erfuhren wir aus der Abteilung Denkmalsschutz, dass bereits sehr früh ein „rigider Umgang mit den Mietern“ in dieser Sache beschlossen wurde, um die Siedlung möglichst mieterfrei verkaufen zu können. Bisher konnten wir so etwas nur aus knallharten Krimis. Nun leben – und sterben – wir mittendrin.

## Hartz IV muss weg!



Fotos: Fiebelkorn/Ulrich



**SIEGLINDE MERBITZ** auf der Leipziger Montagsdemonstration vom 16. August  
Foto: K. Merbitz

● **LN:** Frau Merbitz, Sie sind unter den Teilnehmern der gegenwärtigen Leipziger Montagsdemonstrationen, haben dort auch im Namen der IG Metall Leipzig das Wort ergriffen. Was bewegt Sie und Ihre Kollegen zur Teilnahme?

**Sieglinde Merbitz:** Mich treibt maßlose Enttäuschung auf die Straße.

1998 wählte das Volk eine rot-grüne Regierung, weil es den versprochenen Politikwechsel wollte – eine Politik für Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Ich war vor dem Gewandhaus dabei, als der damalige sozialdemokratische Kanzlerkandidat Gerhard Schröder versprach: „Ich will schaffen ein Bündnis für Arbeit ...“ und die „bestehende Arbeitslosigkeit halbieren“. Heute ist die Realität eine andere:

## „Hier wird getestet, wie weit sie noch gehen können“

Die 1. Bevollmächtigte der IG Metall Leipzig, Sieglinde Merbitz, im LN-Gespräch zu Hartz IV

re: Das Bündnis für Arbeit ist gescheitert. Die Zahl der Menschen, die ohne Arbeit und ohne Chance auf dem 1. Arbeitsmarkt sind, ist fast doppelt so hoch – ich zähle dazu auch diejenigen, die man zur Selbsttäuschung aus der Arbeitslosenstatistik herausrechnet. Die Sozialdemokratie hat, gemeinsam mit der Wirtschaft, eine Demontage sozialer Errungenschaften vollführt, die ich mir so auch nicht ansatzweise vorstellen konnte.

Statt sich der tatsächlichen Ursachen von Arbeitslosigkeit anzunehmen und entsprechende Rahmenbedingungen für neue Arbeitsplätze zu schaffen, versucht man nun mit Hartz IV, die Arbeitslosen zu bekämpfen.

In dem zur Zeit bundesweit durchgeführten *Arbeitnehmerbegehren* begründet die IG Metall ihre Kritik an der Bundesregierung und zeigt Alternativen für eine andere, soziale Politik. **Deshalb ist es für die IG Metall Leipzig selbstverständlich, die Montagsdemonstrationen zu unterstützen, unsere Mitglieder aufzufordern, sich daran zu beteiligen und in den Betrieben dafür zu werben.**

● **Mit welchen Wirkungen der „Arbeitsmarktreformen“ rechnen Sie?**

In den Betrieben spüren wir den zunehmenden Druck der Arbeitgeber. Sie fühlen sich durch die Politik der Bundesregierung ermuntert, das ganze Register der Grausamkeiten – von Lohnsenkungen bis zur Erhöhung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich – zu ziehen.

Das sind aber dieselben Arbeitgeber, die

mit dem Bundeskanzler einen „Ausbildungspakt“ geschlossen haben. Die bisherige Bilanz zeigt, dass es derzeit weniger Ausbildungsplätze gibt als im vorigen Jahr. Der Pakt wird sich als Mogelpackung entpuppen!

Und was die Arbeitslosigkeit betrifft: Noch im August 2002 behauptete Peter Hartz, mit seinen Reformen entstünden zwei Millionen Jobs. Wenn er die neuzeitliche Zwangsarbeit mittels verschärfter

„Wenn Clement und Co. verkünden, dass sie sich dem Druck der Straße nicht beugen, dann heißt das: Sie beugen sich nur dem Druck der Banken, Versicherungen und Großkonzerne.“

Zumutbarkeitskriterien in Gestalt von 1–2-Euro-Jobs meint, könnte er es natürlich schaffen.

Um es deutlich zu sagen: Die Wirkung der Arbeitsmarktreform-Gesetze wird für die Langzeitarbeitslosen furchtbar sein. Alle, die das Pech haben, den Antrag auf Arbeitslosengeld II stellen zu müssen – ich sage bewusst „Pech“, da nahezu alle Antragsteller nichts dafür können, in diese Situation geraten zu sein – werden de facto enteignet. Im Idealfall bleiben pro Tag für Essen und Trinken, Kleidung, Strom und Gas, Wasser, Zeitung, Benzin, Kino und Zoobesuch 8 bis 9 Euro. Welche Menschenverachtung in einem entwickelten Land, einem Exportweltmeister! Wie das *Arbeitnehmerbegehren* der IG Metall feststellt, werden von den Bürgern,

die zur Zeit schon Arbeitslosenhilfe beziehen, im Westen 70 und im Osten 80 Prozent schlechter dastehen. Über 350 000 ostdeutsche Arbeitslosenhilfe-Empfänger werden gar nichts mehr bekommen.

● **Wirtschafts- und Arbeitsminister Clement verunglimpft einerseits die Demonstranten und will jetzt sie andererseits mit gewissen Zugeständnissen besänftigen ...**

Das ist Sand, den man uns in die Augen streut. Wenn Clement und Co. verkünden, dass sie sich dem Druck der Straße nicht beugen, dann heißt das: Sie beugen sich nur dem Druck der Banken, Versicherungen und Großkonzerne. Diesmal war es wohl der Druck der Versicherungswirtschaft, der zu einem Kurswechsel im Detail geführt hat. Denn sie befürchtet zu Recht, dass zahlreiche Ausbildungs- und andere Versicherungen gekündigt werden müssen.

Ich glaube, dass man mit Hartz IV testet, wie weit man mit dem Sozialabbau noch gehen kann.

● **Ist der Protest gegen neoliberale Politik damit zu entkräften, dass auf das Einmischen der NPD und anderer Nazis hingewiesen wird?**

Die Methode ist abgegriffen und zeugt davon, wie ratlos man in seiner Arroganz ist. Ich denke, die Leipziger Demonstranten sind inzwischen erfahren genug, um zu erkennen, welche Absichten hinter den Sprüchen der Rechten stecken. Deshalb gilt für jede Montagsdemonstration: Nazis raus!

● **INTERVIEW: G. BRAUN**

Wenigstens der Ausländerbeauftragte der Stadt Leipzig dürfte dankbar sein, dass hier seit 14 Jahren ein erfahrener und erfolgreicher Verein wie die *Gesellschaft für Völkerverständigung* zur Integration ausländischer Bürger beiträgt. So ist neben vielen alltäglichen Aufgaben und Hilfsleistungen das multikulturelle Sommerfest zu einer festen Instanz in Connewitz geworden. Weshalb besagter Referatsleiter Stojan Gugutschkow gewiss aus innerster Überzeugung seine Unterschrift unter den Zuwendungsbescheid für beantragte 1450 Euro setzte, ohne die das Projekt Sommerfest eben nicht zu machen ist. Natürlich musste er als Stadtbediensteter darauf hinweisen, dass die Bewilligung nur vorbehaltlich des Beschlusses über den Haushaltplan gilt. Nun, den haben die Räte für das laufende Jahr längst gefasst. Und das Sommerfest hat auch schon lange stattgefunden. Nur das angesagte und dringend benötigte Geld floss nicht. Der Verein musste seine letzten Reserven zusammenkratzen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen und ist nun pleite, wenn die Stadt nicht zahlt. Das wird sie wohl nicht, denn der neue Kämmereichef Volker Auerhammer hat Ende Juli eine Haushaltssperre verordnet. Keine absolut neue Situation für die Gesellschaft für Völkerverständigung. Man weiß, wie es ist, auf dem ausgestreckten Arm einer Stadtverwaltung verhungern zu müssen, die für die Arbeit ihrer Ehrenamtlichen einfach kein Konzept hat.

## Multikulturell – aber lieber ohne die Connewitzer?

Gesellschaft für Völkerverständigung wirft der Stadt Leipzig Konzeptionslosigkeit im Umgang mit Ausländern vor

Und das ist neben dem akuten Geldproblem die beinahe schlimmere Sorge der Männer und Frauen um Hassan Zeinel Abidine im Werk II am Connewitzer Kreuz. Wobei man angesichts der andauernden städtischen Finanznot längst lernte, Kräfte besser zu bündeln, mit anderen Vereinen zu kooperieren, um die Arbeit bei den ständigen Mittelkürzungen dennoch zu schaffen, womöglich sogar eff-

ektiver, inhaltsreicher.

Aber solange es in Leipzig keine sach- und fachkundigen Überlegungen gibt, welche Vereine für welche Integrationsaufgaben zuständig sind – Sprachkurse, Unterstützung im Behördenalltag, sinnvolle Freizeitgestaltung, Hilfe für Asylsuchende, Unterstützung binationaler Familien, Arbeitssuche, und vieles, vieles andere – bleibt die Frage, ob man im Rat-



Gesellschaft für Völkerverständigung – eine Heimstadt auch für Musiker: der Deutsche, der Usbeke, der Togoese und die Deutsche

haus wirklich glaubt, mit finanziell kurzgehaltenen Vereinen Ausländerintegration vorspiegeln zu können. Verkennt die Stadtverwaltung nicht gehörig die Situation in Leipzig, wenn sie zum Beispiel Gelder leuchtturmartig und ziemlich plötzlich in der Eisenbahnstraße verschleift, aber die kontinuierlich arbeitenden Vereine wie eben die Gesellschaft für Völkerverständigung im linksalternativen Connewitz damit vor den Kopf stößt? Zudem: Wo bleibt das Verständnis, dass ohnehin geizig zugeteilte Neun-Monats-ABM kaum Wirkung zeigen können, wo kontinuierliche, qualifizierte, mehrsprachige Arbeit vonnöten ist? Hassan Zeinel Abidine berichtet von hessischen Erfahrungen, wo trotz eines Roland Koch sehr überlegt und kontrolliert Gelder für die Integration ausländischer Bürger eingesetzt werden. Weil es halt örtliche Konzepte gibt, was man wie erreichen will.

In Leipzig lässt die Stadt schnell mal eine von der Nikolai-Kirche dominierte interkulturelle Woche feiern und glaubt vielleicht, mit diesem Event alle Probleme gelöst zu haben. Ist es wohlkalkuliert, dass man damit Leute wie von der Gesellschaft für Völkerverständigung mit ihrer vornehmlich arabischen und afrikanischen Klientel an die Wand drückt? Man kann zwar den Kopf über solches Leipziger Kreuzrittertum schütteln – aber die Lage ist inzwischen zu ernst, um es dabei zu belassen.

● **M. WARTELSTEINER**

Hartz IV ist in aller Munde, der Protest längst mit dem Nachdruck der Betroffenen und Bedrohten auf die Straße getragen, das Gesetzspaket ist auf 1,3 Millionen Fragebogen gegenwärtig und in den Arbeitsagenturen ein Hauptgeschäft. Es ist Gegenstand von Erbitterung und Zorn wie auch der armseligen Rechtfertigung.

*Aber was ist mit Hartz I, Hartz II und Hartz III?*

Zur Erinnerung: Vor zwei Jahren, am 16. August 2002, legte die von der Bundesregierung berufene und von VW-Manager Peter Hartz geleitete Kommission ihre Empfehlungen für „Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ vor, die dann Schritt für Schritt in Gesetze gefasst wurden. Das „Erste Gesetz über moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“, wie es offiziell heißt, und ebenso das zweite und das dritte wurden am 23. Dezember 2002 von einer Mehrheit des Bundestages beschlossen und eine Woche später im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Die Maßnahmen traten teils voriges Jahr, teils Anfang dieses Jahres in Kraft. Das vierte Gesetz wurde bekanntlich nach weiteren Debatten im Bundesrat vor wenigen Wochen beschlossen und wird im Januar 2005 für Millionen bittere Wirklichkeit. Doch offensichtlich ist: Seine Grundzüge – soziale Herabstufung, finanzielle Schröpfung und moralische Erniedrigung der Arbeitslosen – sind hier schon vorgebildet, demagogisch verpackt unter dem Begriff „moderne Dienstleistungen“. Aber auch das erklärte Ziel, auf diesem Wege Arbeitsplätze zu schaffen und Arbeitslosigkeit einzuschränken, wird nicht erreicht werden, bestenfalls wird Arbeitslosigkeit teilweise verdrängt, aus den Statistiken herausmanipuliert.

Die bisher in Kraft gesetzten Hartz-Gesetze sind nicht nur ein Mittel des Drucks auf die Arbeitslosen und ihrer Nötigung in

Vor Hartz vier: Hartz eins bis drei

## Nötigungen und Flops

einer Situation, die nicht sie, sondern das kapitalistisch-marktwirtschaftliche System verursacht hat, sie sind auch weitgehend ERFOLGLOS!

### Hartz I: Personal-Service-Agenturen

Das Gesetz legt vor allem fest, dass jedes Arbeitsamt mindestens mit einer **Personal-Service-Agentur**, das heißt einer Einrichtung zur Vermittlung in Zeitarbeit, zusammenarbeitet, womit der Zeitarbeiter ein hoher Rang zugemessen wird. Zeitarbeitsfirmen, die Arbeitslose sozusagen auf Abruf und befristet an interessierte Firmen leihweise vermitteln, gab es bereits bisher. Neu ist, dass die Arbeitsämter sich zum Vermittler für diese umstrittene Beschäftigungsform machen. Zeitarbeit ist mit einer Reihe gravierender Nachteile für die Beschäftigten verbunden. Sie kann zwar ein Weg zu einem festen Arbeitsplatz sein, aber da die entleihen-

de Firma in der Regel den Vorteil nutzen will, bei Wegfall des Bedarfs der Arbeitskraft nicht kündigen zu müssen, ist das eher die Ausnahme. Für den betreffenden Arbeiter oder Angestellten ist es meist ein dauernder Schwebzustand. Hinzu kommen: Vergütung unter Tarif, oft lange Wegezeiten, wechselnde Arbeitsorte. Flexibilität wird vom „Arbeitgeber“ auf den Beschäftigten verlagert. So wie bereits bisher die Zeitarbeit keine große Rolle als Weg zur Festanstellung spielte, hat sie auch mit den PSA faktisch nicht zu einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit beigetragen. Im Gegenteil: Die PSA fördern den Trend zum Ersatz fester Arbeitsplätze durch die für die Unternehmen günstigere Zeitarbeit.

### Hartz II: Ich-AG und Mini-Jobs

Die *Ich-AG* der Hartzschen Vorlage heißt im Gesetzestext **Existenzgründerzuschuss**. Er ist gedacht als Vorstufe für eine vollwertige Selbständigkeit. Wer sich entschließt, auf unkompliziertem Wege eine selbständige Tätigkeit anzunehmen, vor allem für haushaltnahe Dienstleistungen, erhält für drei Jahre – die Regelung gilt bis 2006 – vom Arbeitsamt monatliche Zuschüsse: im ersten Jahr 600, im zweiten 360, im dritten 240 Euro. Nicht wenige haben aus der Not heraus diese Gelegenheit ergriffen – meist ins Blaue hinaus, ohne hinreichende Prüfung der realen Chancen ihres Vorhabens – und sich damit recht und schlecht durchgeschlagen. Jetzt, im zweiten Jahr, werfen nicht wenige das Handtuch. Sie scheitern damit noch häufiger als bisherige, vielfach ebenfalls nicht ganz freiwillige

Gründer einer selbständigen Existenz.

Immer mehr der 142 000 Empfänger des Zuschusses (Stand Ende Juli) springen ab, nachdem sie ins zweite Jahr ihrer Selbständigen-Existenz mit vermindertem Zuschuss eingetreten sind und nachdem seit 1. August auch die weniger als 400 Euro im Monat Verdienenden einen Rentenversicherungsbeitrag von mindestens 78 Euro monatlich zu zahlen haben.

Das Wirtschaftsministerium bereitet weitere einschneidende Änderungen vor: Künftig müssen die Existenzgründer einen Geschäftsplan vorlegen, worauf man zunächst verzichtet hatte. Für gründungswillige ALG-II-Empfänger wird es statt der bisherigen Zuschüsse bestenfalls längstens für zwei Jahre ein flexibles „Einstiegsgehalt“ zusätzlich zum ALG II geben. Umfassende „Auskunfts- und Mitwirkungspflichten“ der Existenzgründer erschweren zusätzlich den Einstieg in die Selbständigkeit.

Schon wird in der Öffentlichkeit die Frage gestellt: „Ich-AG am Ende“ und „Beerdigung zweiter Klasse?“

Der **Mini-Job**, die sogenannte **geringfügige Beschäftigung**, hat sich auch nach Anhebung der Verdienstgrenze von 325 auf 400 Euro ebensowenig als geeignet erwiesen, die Probleme auf dem Arbeitsmarkt zu lösen. Zwar hat das Hartz-Gesetz zu einer Ausdehnung dieser Beschäftigungsform um nahezu 1 Million geführt, aber kaum zur Senkung der Arbeitslosigkeit. Denn die Neuregelung wurde weniger von Arbeitslosen als vielmehr von Hausfrauen, Studenten, Schülern, Rentnern und als Nebenjob aufgegriffen. „Die Minijob-Regelung hilft den Ar-

beitgebern, nicht den Arbeitslosen“, urteilte die stellvertretende DGB-Vorsitzende Engelke-Kefer.

### Hartz III: mehr Eigenbemühungen, geringere Ansprüche

Eine Reihe bisheriger Leistungen des Arbeitsamtes entfallen oder werden verkürzt, u. a.: Vergünstigungen bei Vorversicherungszeiten entfallen, ABM-Beschäftigte können keine neuen Ansprüche auf Arbeitslosengeld erwerben, der 20-prozentige Freibetrag bei Nebeneinkommen entfällt.

Zudem sind die Kriterien für Eigenbemühungen der Arbeitslosen um einen Arbeitsplatz mit Wirkung ab 2005 schärfer gefasst. Bei unzureichenden Bemühungen, bei Meldeversäumnissen oder Arbeitsablehnung erfolgen Abzüge vom Arbeitslosengeld bzw. sogar die Einstellung der Zahlungen.

Waren die Ideen der Hartz-Kommission und die entsprechenden Gesetze jemals echte Hoffnungsträger bei der Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit, wie verheißungsvolle Ankündigungen glauben machen wollten, oder nur Selbstbetrug bzw. Dekoration für die „Ultima Ratio“ Hartz IV?

Jedenfalls finden sich unter dem Druck des öffentlichen Massenprotests immer mehr Politiker bereit, Hartz IV nachzubessern. Aber man muss ihnen sagen: Die Grausamkeiten gegen die Arbeitslosen beginnen mit Hartz I bis III, und die Folgen waren nicht nur voraussehbar, sondern es gab vor der Beschlussfassung genügend warnende Stimmen. Andere Erwartungen waren – wenn nicht bewusster Volksbetrug – naiver Köhlerglaube. Die Zuschrift von Oberbürgermeister Tiefensee (s. u.) enthält aber leider den Satz: „Zu den Ergebnissen der Hartz-Kommission stehe ich nach wie vor.“

• GÜNTER LIPPOLD

### Zumutbare Unzumutbarkeit

*„Ein Umzug zur Aufnahme einer Beschäftigung außerhalb des zumutbaren Pendelbereichs ist einem Arbeitslosen zumutbar, wenn nicht zu erwarten ist, dass der Arbeitslose innerhalb der ersten drei Monate der Arbeitslosigkeit eine Beschäftigung innerhalb des zumutbaren Pendelbereichs aufnehmen wird. Vom vierten Monat der Arbeitslosigkeit an ist einem Arbeitslosen ein Umzug zur Aufnahme einer Beschäftigung außerhalb des zumutbaren Pendelbereichs in der Regel zumutbar.“*

*Eine der arbeitsrechtlichen (und sprachlichen!) Grausamkeiten des ersten Hartz-Gesetzes, Art 1 Pkt. 15)*

Zum Artikel „Nichts als offene Fragen“ in LN Nr. 16/04 schrieb Leipziger Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee der Redaktion, er finde es wichtig, mindestens den Teil richtigzustellen, der sich auf seine Person bezieht, und fährt fort: *Darüber hinaus nutze ich auch die Gelegenheit, Grundlegendes zum Hartz-IV-Komplex anzumerken. Denn leider instrumentalisiert die öffentliche Debatte viel zu sehr die Sorgen und Ängste schon oder potenziell Betroffener gerade in den neuen Bundesländern, statt zwischen Erfordernissen und daraus folgenden Zumutungen aufzuklären und die Forderung an die „Profis der Nation“ zu forcieren, Arbeit für Menschen zu generieren. Denn eines steht doch fest: Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik Deutschland muss sich verändern, um wieder mehr Menschen die Chance auf Arbeit und damit auf selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Richtig ist, dass ich in der im Februar 2002 von der Bundesregierung berufenen Hartz-Kommission zur Person und für den Deutschen Städtetag mitgewirkt*

OBM Wolfgang Tiefensee in einem Brief an LEIPZIGS NEUE:

### „Zu den Ergebnissen der Hartz-Kommission stehe ich nach wie vor“

*habe. Deshalb bin ich in dem 15-Experten-Gremium weder als „Quotenossi“ (siehe o.g. Beitrag) behandelt worden noch habe ich mich als solchen empfunden. Mein Engagement in der Hartz-Kommission galt ausschließlich kommunalen Belangen im intern abgestimmten Mandat des kommunalen Spitzenverbands DST. Im August 2002 übergab die Kommission zum Abschluss ihrer Arbeit ihren Bericht an die Bundesregierung. In der Öffentlichkeit sollte daran erinnert werden, dass die Kommission nicht eingesetzt war, die gesellschaftlichen Probleme Deutschlands insgesamt zu lösen. Vielmehr bezog sich ihr Auftrag auf die Reform der Bundesanstalt für Arbeit und die Erarbeitung von Vorschlägen zur Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Wenn Sie den Bericht le-*

*sen, können Sie feststellen: Die 13 Module der Hartz-Kommission – eines davon die klare Zuordnung von erwerbsfähigen Menschen in ein Leistungssystem mit einheitlicher Zuständigkeit – sind weder in ihrer Zukunftsperspektive noch in wesentlichen Gestaltungsteilen deckungsgleich mit dem Gehalt von Hartz IV (SGB II), (als Beispiel greife ich die Zahlungsdauer des Arbeitslosengelds I heraus, die die Kommission mit wie bisher 6–32 Monate vorgeschlagen hat). Aus einem einfachen Grund: Bis vor wenigen Wochen noch flossen in das Gesetzgebungsverfahren Interessen von Parteien, Verbänden und Lobbyisten ein. Ergebnis ist ein Kompromiss. Ihn wie in o.g. Beitrag geschehen einem Peter Hartz zuzuschreiben, weil er sich „... diese bodenlose Grausamkeit ausge-*

*dacht...“ habe, oder mir, der „... brav alles abgenickt...“ habe, geht schlichtweg an den Tatsachen vorbei.*

*Ich stelle klar: Die Sorgen und Nöte, die Betroffene heute artikulieren, kann ich sehr gut nachvollziehen. Denn gerade in den neuen Bundesländern gibt es viel zu wenig Arbeit, in die vermittelt werden kann. Deshalb habe ich mich in der Hartz-Kommission immer auch für ein flankierendes Aufbau Ost-Programm eingesetzt. Nur das schafft Beschäftigung, wenngleich Arbeitslosigkeit heute bei weitem nicht mehr nur ein Thema in den neuen Bundesländern ist, sondern zunehmend ein strukturelles bundesweit.*

*Zu den Ergebnissen der Hartz-Kommission stehe ich nach wie vor. An der gesetzlichen und organisatorischen Umsetzung und vor allem an der breiten Information müssen die Zuständigen – Bundesregierung und Bundesagentur für Arbeit – allerdings zügig nachlegen, damit am 1. 1. 2005 die betroffenen Menschen, aber auch beteiligte Behörden nicht in Unklarheiten gelassen sind. Insofern ist die öffentliche Kritik auch gerechtfertigt.*



## Das Chamäleon

Zur Ankündigung von Ministerpräsident Georg Milbradt, nicht länger auf eine Verschiebung von Hartz IV zu drängen, erklärt der Vorsitzende der PDS-Landtagsfraktion, Prof. Dr. Peter Porsch:

Mit dieser Ankündigung erreicht die Milbradtsche Konzeptionslosigkeit beim Umgang mit Hartz IV einen neuen Höhepunkt. Nachdem der sächsische Ministerpräsident als Mitglied des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat im Dezember vergangenen Jahres dem Hartz-IV-Gesetz nicht nur zustimmte, sondern zu seiner Verschärfung beitrug, schwenkte er aus wahltaktischen Gründen im Juli um. Plötzlich schlüpfte er in die Maske des Widerständlers und erwog gar die Teilnahme an Protestkundgebungen. Wie schon oft zuvor unterschätzte der Ministerpräsident die Menschen in Sachsen, die, das zeigen die landesweit zunehmenden Protestaktionen, ihren Willen selbstbestimmt zum Ausdruck bringen und dafür keinen schirmherrlichen Landesvater brauchen.

Nun verlässt Georg Milbradt offenbar die Sackgasse, in die er sich selbst verirrt hat, und wird wieder zu dem Vorkämpfer für Hartz IV, der er immer war. Mit diesem politischen Zickzackkurs und dem damit verbundenen wiederholten Wechsel seiner öffentlich geäußerten Meinung hätte sich Milbradt den Titel „Chamäleon der Jahres“ redlich verdient.

# Untreue, Betrug, Fälschung

Sachsens CDU-Regierung verschleierte Missbrauch von EU-Subventionen

**LN.** Der Landtagsausschuss, der zunächst nur den Missbrauch staatlicher Gelder für eine CDU-nahe Kampagne aufklären sollte, wird mit immer neuen Fakten konfrontiert, die die kriminelle Wirtschaftspolitik der sächsischen Regierung offenbaren.

Nachdem erst kürzlich bekannt geworden war, dass die für die Umschulung von Mitarbeitern auf wegfallenden Arbeitsplätzen des Zentrums für Mikroelektronik Dresden (ZMD) gedachten 42 Millionen Mark EU-Fördermittel missbräuchlich als Lohnersatz gezahlt wurden, gibt es nun in dieser Sache neue verdächtige Fakten und auch staatsanwaltschaftliche Aktivitäten.

Nach Veröffentlichungen des Magazins „Stern“ enthalten vorliegende Dokumente weitergehende belastende Hinweise. Sie lassen den Schluss zu, dass das sächsische Kabinett von der Zweckentfremdung der Millionenhilfen für das ZMD wusste und das verschleierte. Protokolle von ZMD sollen laut „Stern“ bewussten Betrug belegen. Dabei geht es um Subventionen in Höhe von mindestens 42 Millionen Mark, die zwischen 1993 und 1996 als Technologieförderung an das Unternehmen geflossen sind. Nach einer Auflistung der Sächsischen Aufbaubank wurde das Geld jedoch zum Verlustausgleich verwendet. Eine solche Beihilfe wäre rechtswidrig und durch die EU nicht genehmigt worden.

In einem **ZMD-Aufsichtsratsprotokoll** heißt es, die EU-Kommission dürfe „keinesfalls alle Protokolle zu Liquiditätsleistungen erhalten“.

Ministerpräsident **Milbradt** hat vor dem Landtagsausschuss jegliche Verantwortung für die Veruntreuung abgelehnt. Der damalige Finanzminister wollte

nicht bemerkt haben, dass die Mittel missbräuchlich verwendet wurden. Selbst die neuen Fakten betrachtet er als Teil einer Inszenierung. Mit dem Anzweifeln einer Aussage von Ex-Wirtschaftsminister **Schommer** (CDU) gegenüber der Innenrevision belastete er aber seinen ehemaligen Ministerkollegen schwer. Schommer hatte angegeben, der Finanzminister sei an den Vorgängen um die umstrittene Qualifizierungsgesellschaft QMF beteiligt gewesen. Milbradt stritt dies ab und bezichtigt Schommer somit der Lüge. Es scheint indes kaum glaubhaft, dass die Subventionen ohne Zustimmung des Finanzministeriums hätten fließen können. Zweifellos aber war auch Schommer über die Verstöße bei Zahlungen an das ZMD informiert. In einem internen Papier aus dem Jahr 2000 wird er von einem Abteilungsleiter gewarnt, dass Zuwendungen in Höhe von 42 Millionen Mark an den Chiphersteller nicht den EU-Richtlinien entsprechen. Schommer wird in dem Schreiben daraufhin hingewiesen, dass die EU-Kommission die geleisteten Zahlungen nicht genehmigen würde. Der Abteilungsleiter weist seinen Minister auch darauf hin, dass ZMD den Betrag nicht hätte zurückerzahlen können. Gleichzeitig würde auch die Sachsenring AG in Schwierigkeiten geraten, die den Chiphersteller 1999 übernommen hatte. Schommer wird mitgeteilt, dass die Zahlung so lange vor der Brüsseler Behörde verschwiegen werden, bis diese über ein Prüfverfahren entschieden hat.

Schommer bezeichnete das von ihm abgezeichnete und dem damaligen Ministerpräsidenten **Biedenkopf** vorgelegte Schreiben als „Irrtum“.

Auch aus anderen Akten des Wirtschaftsministeriums, der Sächsischen Aufbaubank und von ZMD war bekannt geworden, dass die 42 Millionen Mark nicht zur Technologieförderung verwendet wurden, sondern zum Ausgleich möglicher Verluste des Chipherstellers ZMD. Zur Vernehmung von Ministerpräsident Milbradt vor dem Untersuchungsausschuss äußerte der Obmann der PDS-Fraktion, **Klaus Tischendorf**, der Ex-Finanzminister habe mehrfach die Beherrschung verloren, souverän habe sein Auftritt nicht gewirkt. Wenn er in der Sache so unwissend sei, wie er vorgab, hätte es seiner unwürdigen Vorstellung nicht bedurft.

Der Abgeordnete **Karl Nolle** (SPD) hat angesichts der neuen Enthüllungen mittlerweile Strafanzeige gegen Milbradt, Schommer und Ex-Staatssekretär Vohse erstattet wegen „schwerer Untreue, Beihilfebetrug und Dokumentenfälschung, vorsätzlicher Bilanzfälschung und Bilanzbetrug sowie Insolvenzverschleppung“. Mit diesen kriminellen Methoden der CDU-Regierung, so Nolle, wurde und wird vorsätzlich, wie schon bei QMF, die Gefährdung von tausenden Arbeitsplätzen in der betroffenen Region billigend in Kauf genommen.

Inzwischen hat auch das sächsische Wirtschaftsministerium Klärungsbedarf eingeräumt und die betreffenden Unterlagen an die Staatsanwaltschaft übergeben. Noch scheint längst nicht alles aufgedeckt, die Enthüllungen gehen weiter. Jüngst unterrichtete der „Spiegel“, Milbradt habe seinerzeit als Finanzminister eine Finanzspritze von 3 Millionen Mark für ZMD abgesegnet, obwohl sie eine von der EU nicht genehmigte Beihilfe darstellte.

## Bundesrat soll Hartz IV stoppen

LN. Bei einem Treffen der Landtags-Fraktionsvorsitzenden der PDS haben sich die Landtags-Spitzenkandidaten in Brandenburg und Sachsen, Dagmar Enkelmann und Peter Porsch, für eine gemeinsame Bundesratsinitiative beider Länder zum Stopp des Hartz IV-Gesetzes ausgesprochen, weil „diese gesetzgeberische Katastrophe nur durch Stopp und vollständige Überarbeitung abgewendet werden kann“. Der Thüringer PDS-Fraktionschef Bodo Ramelow fügte hinzu: „Wir lehnen nicht die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ab, aber dies darf nicht auf dem Niveau der Bedürftigkeits-Grundsätze der Sozialhilfe geschehen.“

## CDU blockiert Kleingartengesetz

LN. Die CDU-Mehrheit im Verfassungs- und Rechtsausschuss des Landtags hat den von der PDS eingebrachten Entwurf des Kleingartengesetzes blockiert und damit auf die lange Bank geschoben.

Dazu erklärte der Abgeordnete Klaus Bartl, im Herbst 2003 habe der Landesverband Sächsischer Kleingärtner die Landtagsfraktionen aufgefordert, die 250 000 Kleingärtner mit einem Gesetz vor einer Flut von Abgaben und Gebühren zu schützen, die den Fortbestand des Kleingartenwesens gefährden. Der Vorschlag der PDS, dies mit einer fraktionsübergreifenden Gesetzesinitiative zu tun, sei leider von CDU und SPD abgelehnt worden. Die PDS hat daraufhin, wie Bartl informiert, am 8. Januar dieses Jahres ihren Entwurf eingebracht, in dem die Anregungen des Kleingärtner-Landesverbandes umgesetzt sind. Bei einer Anhörung vor dem Ausschuss hätten nahezu alle Experten ihre Zustimmung zu dem Gesetzentwurf geäußert.

### 19. August

**Heuersdorf.** Auf einer Bürgerversammlung wird der Plan für Neu-Heuersdorf nahe Regis-Breitungen vorgestellt. Im Mittelpunkt der Diskussion steht aber nicht der Entwurf, sondern die grundsätzliche Frage der Abaggerung. Die meisten Einwohner sind nach wie vor nicht zur Umsiedlung bereit.

### 20. August

**Leipzig.** Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, Stadt und umliegende Lankreise planen die Gründung einer GmbH, die die Wirtschaftsförderung bündeln soll.

### 21. August

**Dresden.** In Sachsen werden 30 400 Kinder eingeschult, 2400 mehr als im vergangenen Jahr. Die Zahl der Schüler insgesamt sinkt jedoch von 511 000 auf 485 000. Erstmals wird Englisch ab der dritten Klasse unterrichtet. Von 270 Lehrerabsolventen sind nur 144 in den Schuldienst übernommen worden.

### 22. August

**Leipzig.** Die Games Convention, Euro-

## SACHSEN-CHRONIK

17. bis 30. August

pas größte Computerspiele-Messe, geht in ihrem dritten Jahr mit der Rekordteilnahme von 105 000 Besuchern zu Ende.

**Hamburg/Dresden.** Ex-Ministerpräsident Biedenkopf kritisiert den Wahlkampf seines Nachfolgers Milbradt wegen dessen teilweiser Infragestellung von Hartz IV aus wahltaktischen Gründen.

### 23. August

**Dresden.** Wie Oberbürgermeister Roßberg mitteilt, ist in der Stadt bis jetzt erst ein Viertel der Hochwasserschäden aus dem Jahre 2002 beseitigt. Die weiteren Arbeiten werden sich bis ins Jahr 2006 erstrecken.

### 24. August

**Leipzig.** Nobelpreisträger Blobel tritt als Vorsitzender des Paulinervereins zurück. Ursachen sind offenbar die Entscheidung

über den Universitätsneubau und Querelen innerhalb des Vereins. Er will sich nun in Freiburg und Grimma engagieren. **Leipzig.** Bundesverteidigungsminister Struck erklärt anlässlich eines Truppenbesuchs, Sachsen werde nicht von Standortschließungen verschont bleiben.

**Hamburg.** Eine einstweilige Verfügung des Landgerichts verbietet der *Freien Presse*, Zwickau, und der *Ostthüringer Zeitung*, den Vorwurf zu verbreiten, Prof. Dr. Peter Porsch habe als IM für die Stasi gespitzt.

**Dresden.** Ministerpräsident Milbradt erklärt, nicht mehr an einer Verschiebung der Einführung des Hartz IV-Gesetzes festhalten zu wollen.

### 25. August

**Theißen/Chemnitz.** Die Chemnitzer

Stadtwerke wollen die benötigte Kohle nicht mehr von der Mitteldeutschen Braunkohlen AG beziehen und suchen europaweit nach einem neuen Lieferanten.

**Dresden.** Etwa 150 Mitglieder und ebenso viele Sympathisanten vereint gegenwärtig die *Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit* in Sachsen.

### 27. August

**Dresden/Leipzig.** Prof. Dr. Peter Porsch, PDS-Fraktionsvorsitzender im Landtag, wird aufgrund der unbewiesenen Verdächtigung, als IM der DDR-Staatssicherheit tätig gewesen zu sein, von Hochschulminister Rößler (CDU) als Hochschullehrer der Universität Leipzig fristlos entlassen. Porsch kündigt rechtlichen Schritte gegen die Entscheidung an.

### 29. August

**Dresden.** Vertreter der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer verweisen auf negative Wirkungen von Ich-AG. Sie schafften kaum Arbeitsplätze und erzeugten in einem Verdrängungswettbewerb eine verdienstdrückende Konkurrenz.

Womöglich glaubt der Leiter des Regionalschulamtes, in Leipzigs Schulen werde planmäßig gelernt. Planmäßig und mit neuen Lehrplänen. Logischerweise haben dafür neue Lehrbücher und Arbeitshefte für unsere Schülerinnen und Schüler zur Verfügung zu stehen.

Langjährige Leserinnen und Leser von LN merken spätestens jetzt, dass wahrscheinlich doch nicht alles so gut angefallen ist. Wer an der Misere Schuld ist, spielt im Moment keine Rolle. Tatsache ist, dass nun schon die zweite Unterrichtswoche verstreicht, in der wir Lehrerinnen und Lehrer nicht ordentlich arbeiten können.

Ich habe die schöne Aufgabe, eine erste Klasse in die Geheimnisse des Lesens und Schreibens einzuweihen. Das würde ich auch gern umfassend tun, kann es

## Chaotischer Schuljahresbeginn in Leipziger Schulen

aber nicht. Es fehlen nämlich die Fibeln. Sie sind schlicht und ergreifend noch nicht geliefert worden. Man stelle sich das bildlich vor – eine lernwillige kleine Schar Knirpse und keine Fibeln. Undenkbar! Meine Kollegin, die in der zweiten Klasse Mathe unterrichtet, sagt, dass die Arbeitshefte erst im November geliefert werden. Weiter geht's mit Englisch 3. und 4. Klasse. Ich habe mich bereit erklärt, an einer benachbarten Schule in beiden Klassen Englisch zu erteilen. Die Situation ist prickelnd: Ich kenne weder die Kinder noch die Kolleginnen. Aber ich habe eine tolle Unterrichtsvorbereitung zu bieten. Was fehlt, sind „nur“ die Lehrbücher, auf denen meine Vorbereitung aufbaut. Nun

gut, nach 32 Dienstjahren nimmt man auch diese Hürden mit einem Lächeln. Im Gespräch stellt sich dann noch heraus, dass auch die Heimatkunde-Arbeitshefte sehr viel später geliefert werden. Kürzlich unterhielt ich mich mit einer Mutti, deren Tochter an einem Gymnasium lernt. Auch da werden diverse Bücher erst im November geliefert. Wohlgerückt: ohne Preisnachlass! Dass neue Lehrpläne in Kraft treten, ist den Verlagen und dem Buchhandel nicht erst seit Ende des vergangenen Schuljahres bekannt. Die Erprobung läuft nämlich teilweise schon seit ca. vier Jahren. Die Schulen haben ihre Bestellungen rechtzeitig an die Verlage gegeben. Es war lange genug Zeit für eine pünktliche

Belieferung. Wenn ich mir vorstelle, dass es Überlegungen seitens der Kultusminister gibt, die Lehrpläne von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gemeinsam zu gestalten und das in vielleicht in vier Jahren, sträuben sich mir die Nackenhaare ob eines weiteren Chaos. Sicher haben gemeinsame Pläne viel Positives. Ich begrüße das auch. Jedoch bezweifle ich, dass das ohne ähnliche Schwierigkeiten geht. Vielleicht sollten sich die Verantwortlichen doch mal am Bildungssystem der DDR orientieren. Da hatten wir auch öfter mal was Neues. Aber ein Schuljahresbeginn ohne Schulbücher war nicht denkbar. Kannste glauben! HELLA ERFURT

Dunkle Wolken hängen an diesem frühen Abend über dem Deutschen Platz in Leipzig. Der Zustrom zum „Biocity“ genannten großen neuen Gebäude gegenüber der Deutschen Bücherei, das sich die sächsische SPD als Ort ihres Landeswahlkampfauftaktes ausgewählt hat, hält sich in Grenzen. Das Erste, was auf eine öffentliche Veranstaltung hinweist, ist das zahlreiche Polizeiaufgebot an den Straßen und rund um den weitläufigen Komplex, kräftige Männer in Kampfanzügen. Vor dem Eingang der Biocity sind Kamerateams und Reporter ausgeschwärmt auf der Jagd nach Meinungsäußerungen. „Darf ich Sie fragen, warum Sie heute hier sind?“ Ein grauhaariger älterer Bürger macht seinem Ärger über die Sozialpolitik der Bundesregierung lautstark und drastisch Luft. Ein 3 x 2 Meter großes weißes Transparent trägt die Aufschrift: *Ignoranz und Will-kür der Behörden plus Arroganz der Politiker ist das Ende des Rechtsstaates.* Die Verfasserin outet sich als Vertreterin des Bundes der Stalinistisch Verfolgten. Sie erwartet nichts mehr von dieser Bundesregierung, man sollte Schröder auspfeifen und davonjagen.

Die Besucher müssen Taschen und Regenschirme in der Garderobe abgeben und sich dann einer Leibbesichtigung unterziehen. Überall stehen Herren und

Damen in dunklen Anzügen und wachen mit Argusaugen. Es wird schnell klar: Das Haus ist in erster Linie aus Sicherheitsgründen ausgewählt worden. Der Kanzler kann unauffällig und ungesehen von hinten in das gesicherte Karree einfahren und auch schnell wieder verschwinden. Und Weiteres wird augenscheinlich. Diese Veranstaltung ist nicht für die Sachsen inszeniert, sondern vor allem für die Medien. 102 Vertreter wurden akkreditiert. Mitten durch den nicht sehr großen Versammlungsraum zieht sich ein Podest für die Kameras von TV und Fotografen. So ist der Hälfte der Gäste die Sicht auf die Bühne genommen. Eine betont optimistische Moderatorin fragt ab, ob die einzelnen SPD-Ortsverbände anwesend sind. Beifall wird geübt. Sind wir im Kasperle-Theater? Als erster Redner tritt Oberbürgermeister Tiefensee an das Mikrofon. Es sind schwierige Zeiten, vermerkt er traurig. Es gäbe Arbeitslose, aber auch, seine Stimme hebt sich stolz, die Erfolgsstory Aufbau der Stadt. Jeder könne es sehen. In bekannt ausgleichender Absicht versichert er, auf alle Fragen Antwort geben zu

wollen, und bittet den Bundeskanzler, unzumutbare Härten der Sozialreformen zu korrigieren.

Der denkt aber gar nicht daran. Von Pfiffen, Buhrufen und zornigen Zwischenrufen, aber auch von Beifall begleitet, verschafft er sich lautstark Gehör. Zu den Reformen gäbe es keine Alternative. Dann nimmt er sich die Protestierenden vor. Diese Art des Umganges miteinander sei einer Demokratie unwürdig. Unmittelbar danach demonstriert er, wie man es richtig macht. Er behauptet, die „Schreier“ wären von Rechtsradikalen und der PDS aufgehetzt. Ein drohender Unterton schleicht sich ein und verheißt für die Zukunft im Osten nichts Gutes.

Inzwischen ist im Saal ein Bürger aufgetaucht, der sein selbstgefertigtes Plakat in die Kameras hält: „SPD, kehr' zurück zu deinen Wurzeln, sonst wirst du purzeln“. Sicherungskräfte führen ihn aus dem Raum. Der Bundeskanzler beendet mit zur Schau gestelltem Selbstbewusstsein seine Rede. „Scharlatan“, vermerkt bitter ein Zuhörer. Nun meldet sich der neue Sachsenchef der SPD, Thomas Jurk, zu

Wort, der seinem Wahlslogan nach zuhören will, um dann das Verstandene in Bewegung umzusetzen. Demagogen, insbesondere in der CDU, seien überall am Werk und sagten den Menschen die Unwahrheit.

Die Abwanderung der Zuhörer beginnt. Vor dem Gebäude haben sich Vertreter des Aktionsbündnisses Soziale Gerechtigkeit versammelt. Ein riesiges Plakat fordert: *Faule Eier für faule Politiker.* Junge Leute verteilen Handzettel und werben für die Montagsdemonstration. Mitglieder des Forums Soziale Gerechtigkeit verlangen auf Plakaten Arbeit für die Millionen Arbeitslosen. In der außerparlamentarischen Opposition liegt die Hoffnung der Benachteiligten.

Inzwischen hat es wieder angefangen leicht zu regnen. Die Besucher, die das hermetisch abgeriegelte Gebäude verlassen, werfen, nicht nur wegen des Wetters, einen besorgten Blick zum Himmel und spannen ihre Regenschirme auf. Unmut und Mißtrauen sitzen tief in Sachsen und von oben ist keine Hilfe zu erwarten.

• MANFRED BOLZ

## Verkrampfte Medienshow

Gerhard Schröder eröffnete am 24. August für die sächsische SPD den Landeswahlkampf

BILD meldete das am 25. August 2004 auf Seite 1 unter dem üblichen Balken: „Eier auf den Kanzler.“ Die „grölenden“ und Eier werfenden Demonstranten waren Wittenberger, die so den Kanzler begrüßten, der ihren Bahnhof einweihen wollte. Am Tag davor, am 24. August, hatte der Kanzler dem MDR ein Interview gewährt, in dem der Satz fiel: Hass bekommt der Demokratie schlecht. Die Frage, wo der Hass herkommt, stellte niemand, obwohl sogar die Bibel den Weg zur Antwort weiß: Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Wir stellen also zunächst fest: BILD und der Kanzler sind auf die Demonstranten stinksauer. Warum? Ein Grund liegt in der Geschichte der Montagsdemonstrationen. Die Optik in den Medien erinnert an die „Heldenstadt“ Leipzig 1989. Schon im Sommerinterview mit dem ZDF am 15. August hatte deshalb der Kanzler verfügt, dass ein Vergleich der Montagsdemonstra-

## „Demonstranten grölten: Wir sind das Volk“

tionen von 1989 mit denen von heute nicht gestattet sei. Sprach's und schwuppdiwupp stellte er gleich selbst einen Vergleich an: Damals sei es um den Sturz einer Diktatur gegangen, heute um eine Auseinandersetzung in einem demokratischen Staat. Nachdenken über die Montagsdemonstrationen verlangt den Vergleich, der eine wichtige Methode der Erkenntnisgewinnung ist. Zu vergleichen wäre vieles, zuerst die politische Situation. Die Stimmung und die Losungen änderten sich 1989, nicht zuletzt unter dem Einfluss der bundesdeutschen Medien. Von „grölenden“ Demonstranten hat BILD damals jedoch nicht geschrieben, aber die Nebelwand „Wir sind ein Volk“ aufgebaut, hinter der die Einverleibung der

DDR-Bürger in die kapitalistische BRD erleichtert wurde. Zweifellos ist die Situation heute völlig anders, weil Demonstrationen nicht Teil der Blockkonfrontation sind, sondern innerhalb des entfesselten Kapitalismus stattfinden.

Vergleichen kann und muss jeder auch die handelnden Akteure. Hinter der Losung „Wir sind das Volk“ konnten sich auch die Bohley, Eppelmann, Lengsfeld, Vaatz u. a. verbergen. Heute wird niemand von diesen „Revolutionären“ zum demonstrierenden Volk gehören wollen.

Auch Vergleiche des Minimalkonsens und der politischen Ziele, die sich verändern, sind aufschlussreich. Damals fanden Forderungen nach der DM und damit der Einzug in das Kon-

sumparadies BRD und das (eigens für DDR-Bürger erfundene) „Menschenrecht auf Reisefreiheit“ Beifall. Auf Fotos von 1989 ist zu sehen, wie heiter und fröhlich die Gesichter der Demonstranten waren, wie originell manche Losungen. Heute prägt die Wut die Gesichter, weil viele Demonstranten die Existenzangst zum Protest treibt. Der Protest gegen Hartz IV scheint im Moment der Minimalkonsens der Forderungen zu sein. Nicht wenige erkennen allerdings schon, dass Hartz IV nur ein Symptom ist, nicht die Ursache des sozialen und volksfeindlichen Kurses der politischen Klasse. Aus dem Herbst 1989 ist auch zu lernen, wie rasch sich Stimmungen und Losungen (unter welchem Einfluss auch immer)

ändern können. Während damals ein Teil der Demonstranten die Sympathie und Rückendeckung bundesdeutscher Medien hatten, ist deren Aufgabe heute: spalten, denunzieren, Panik organisieren. Wer wird der „lachende Dritte“ sein? Auch da gibt es geschichtliche Erfahrungen. Der Vergleich könnte und müsste auch grundsätzliche Fragen einschließen. Eine wäre: Warum konnte die „marode“ DDR unter den Bedingungen starken ökonomischen Drucks (der viele Gründe hatte) eine soziale Sicherheit garantieren, die die reiche BRD für unmöglich erklärt? Eine andere: Warum haben es die „Sieger“ nicht vermocht, die Mehrheit der DDR-Bürger von der allseitigen Überlegenheit des (kapitalistischen) Systems zu überzeugen? Warum waren das Menschenrecht auf Frieden, Arbeit, Bildung und Gesundheitsfürsorge Verfassungswirklichkeit?

• HORST SCHNEIDER

# Demokratie, direkt und überall

Sachsen ist kein demokratisches Musterland. Skandalöse Verstöße gegen den Datenschutz, verfassungswidrige Gesetze, Versuche des Staates, in die Unabhängigkeit der Justiz hineinzufingern, Maulkorb-Erlasse an den Schulen, politischer Druck auf Lehrer, Versuche von Politikern, die Medien zu beeinflussen und die persönliche Integrität einzelner Bürgerinnen und Bürger durch gezielte Indiskretionen oder Denunziationen zu demontieren – für all das ist Sachsen unrühmlich „berühmt“. Noch immer empfindet man in den Amtsstuben direkte demokratische Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern als lästig.

Die Möglichkeiten der direkten demokratischen Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger auf die Politik müssen gestärkt werden. Die PDS ist außerdem solidarisch mit den Kolleginnen und Kollegen, die für mehr Mitbestimmung in den Unternehmen streiten. Vor allem wollen wir, dass sich die etablierte Macht vor Bürger- und Volksentscheiden fürchten muss. Sie sind die einzigen demokratischen Formen, mit denen Bürger auf akute Probleme reagieren können, wenn die Politik versagt. Im Moment können sich die Politiker beruhigt in ihre Sessel zurücklehnen, denn die gesetzlichen und bürokratischen Hürden vor Bürger- und Volksbegehren sind zu hoch. Das muss sich ändern. Die PDS will, dass das Quorum für Volksbegehren von 450 000 auf 250 000 Unterschriften gesenkt wird.

In Sachsen muss die herrschende Politik endlich damit aufhören, die **Jugend** als „Kostenfaktor“ und als „Problemfall“ zu betrachten. Im Jahre 2001 wurden 150 Mal so viele Jugendliche in sächsischen Gefängnissen eingesperrt wie 1991! Andererseits wird an der Jugendsozialarbeit ständig gespart, Jugendhäuser und Jugendtreffs werden ausgehungert, die Kinder- und Jugendhilfe wird auf die „Reparatur“ von problematischen Symptomen reduziert. Der „Problemfall“ ist also hausgemacht.

Jugendliche und Kinder sollen nicht länger Verfügungsmasse der Politik sein. Wir sind dafür, dass die Jugendlichen in Sachsen mindestens ab ihrem 16. Lebensjahr wählen dürfen. Kommunale Kinder-Jugendparlamente bzw. Jugendbeiräte müssen gegenüber den Kommunalvertretungen höhere Autorität erhalten.

Auch **Seniorinnen und Senioren** sowie **Menschen mit Behinderungen** haben spezifische Anforderungen an die Gesellschaft, die mehr als bisher von der Politik gehört werden müssen. Sie müssen die Möglichkeit bekommen, über Senioren- bzw. Behindertenbeiräte und andere Vertretungen ihren direkten Einfluss auf die Politik des Landes und der Kommunen zu vergrößern.

Bei allen politischen Entscheidungen und Vorhaben in Sachsen soll das **Gleichstellungsprinzip** berücksichtigt werden. Neben einem verbindlichen Frauenförderungsgesetz, das Benachteiligungen von Frauen im öffentlichen Dienst und in der Privatwirtschaft abbauen helfen soll, unterstützt die PDS Quotenregelungen, damit Frauen stärker bei Beförderungen, Höhergruppierungen und Gremienbesetzungen berücksichtigt werden. Die Kompetenzen der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten müssen erweitert werden. Die Untersuchung der Gleichstellungswirkung von gesetzgeberischen Vorhaben, *gender mainstreaming*, muss end-

lich durchgesetzt werden. Wenigstens in den Großstädten sollte es auch Beauftragte für gleichgeschlechtliche Lebensweisen geben. Sachsen braucht ein Antidiskriminierungsgesetz, das alle jene schützt, die von Benachteiligungen betroffen sind.

Für **alle politischen Abläufe auf allen Verwaltungsebenen** wollen wir uneingeschränkte Transparenz herstellen – beginnend in der Kommune bis zu den Kabinettsitzungen. Vor dem Bürger gibt es nichts geheim zu halten!

Der mündige Bürger und seine Sicherheit brauchen auch keine **Geheimdienste**. Die Auflösung aller geheimdienstlichen Strukturen steht auf der Tagesordnung und nicht die verfassungswidrige Ver-

**EIN ANDERES  
SACHSEN  
IST MÖGLICH**

**Aus dem Wahlprogramm  
der PDS Sachsen  
zu den Landtagswahlen  
am 19. September 2004 (IV)**

mischung von Polizei und Landesverfassungsschutz. Wir wollen den gegen kriminelles Unrecht in allen Erscheinungsformen verantwortlich handelnden Bürger, eine **Polizei und Justiz**, die gleichermaßen modern strukturiert und ausgerüstet den Kampf gegen Kriminalität und terroristische Gefahren mit Respekt vor den Grund- und Freiheitsrechten der Bürger führt. Wir wollen keinen Überwachungsstaat, keinen großen Lauschangriff, keine verdachts- und anlasslosen Kontrollen, denen Bürgerinnen und Bürger willkürlich ausgesetzt sind.

Sachsen soll sicher sein. Wie lehnen es jedoch ab, unter dem Vorwand der Kriminalprävention die sächsischen Bürgerinnen und Bürger und ihre Gäste in immer mehr Zusammenhängen unter Generalverdacht zu stellen und sie im öffentlichen Raum elektronisch zu observieren. Wer unbescholten ist, hat ein Recht darauf, vom Staat in Ruhe gelassen zu werden.

Wir wenden uns gleichermaßen gegen Raster- und Schleierfahndung, die Erhebung biometrischer Merkmale von Menschen und das respektlose Eindrin-

gen selbst in den Kernbereich ihrer Persönlichkeit durch die immer mehr ausufernde Erfassung von Körperzellen für DNA-Identitätsdateien, die letztlich zum gläsernen Menschen führen.

Die Wohnung muss grundsätzlich als letzter sozialer Rückzugsraum unantastbar sein.

Wir sind gegen die Zentralisierung von Polizeiaufgaben und Polizeistrukturen. Wir plädieren für eine zivile Polizei ohne militärisches Brimborium, anständig bezahlt und gut ausgebildet, die rechtstreuen und bürgernah ihren Dienst versieht.

Wir wollen keine Polizei und Justiz, die sich, um hohe Aufklärungsquoten zu erhaschen, an kleinen Ladendieben, Schwarzfahrern und in Sonderkommissionen Graffiti „abarbeitet“, sondern vielmehr ohne Ansehen der Person weit energischer gegen Wirtschaftskriminalität, Korruption und auf Filz gestützten Subventionsmissbrauch, gegen Gewalt in allen Formen vorgeht und den Opferschutz nicht nur verbal beschwört.

Wir nehmen die Gefahren, die von Terrorismus und organisierter Kriminalität ausgehen, ernst, sind jedoch überzeugt, dass ihnen nur von ihren sozialen und gesellschaftspolitischen Wurzeln her erfolgreich begegnet werden kann.

Sicherheitspolitik muss sozialpolitisch denken!

Nicht das Märchen vom „starken Staat“ bringt den Sachsen mehr Sicherheit. Es gilt, die Ursachen von Kriminalität zu bekämpfen, anstatt sie nur zu verwalten. Der Verarmung und Verwahrlosung ganzer Stadtteile muss Einhalt geboten werden. Gemeinsam mit und nicht gegen die Bürger müssen Konzepte erarbeitet werden, die das Leben in diesen Gebieten entspannen und wieder fröhlicher machen. Das wird nicht ohne zusätzliche öffentliche Mittel gehen – für Wohngebietstreffe, Seniorenclubs, Sporteinrichtungen, Jugendklubs u. a. Es darf keine Spaltung unserer Städte in Wohngebiete für Arme und Wohngebiete für Reiche geben!

Wir streiten dafür, den Konsum von **Drogen** (nicht deren Herstellung und den Handel mit ihnen) zu entkriminalisieren. Gegen Drogenmissbrauch kann man etwas tun, indem man z. B. nicht für Drogen wirbt. Wir wollen den verantwortungsvollen Umgang mit allen Drogen fördern – ob mit Tabak oder Alkohol, ob mit Medikamenten oder den sogenannten illegalen Drogen. Nicht die Drogenabhängigen sind zu bekämpfen, sondern die Ursachen der Abhängigkeit.

Wir wehren uns gegen die Diskriminierung von Minderheiten – sei es durch Einzelne oder durch Behörden. Sachsen muss konsequent gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und die Benachteiligung von Menschen vorgehen.

**Ausländerinnen und Ausländer** dürfen aus Sachsen nicht länger abgeschoben werden. Die unwürdige Unterbringung von Asylsuchenden in Massenquartieren muss beendet werden! Es ist höchste Zeit, dass alle Ausländerinnen und Ausländer mit Aufenthaltsrecht das kommunale Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr besitzen. Die PDS setzt sich für ein Landeskonzept für die Integration der hier lebenden Migrantinnen und Migranten ein.

Der geschichtsverfälschenden **Gedenkstättenpolitik** des Freistaates setzen wir unsere Solidarität mit dem antifaschistischen Widerstand und unsere Achtung für die Opfer des NS-Regimes entgegen. Die Verbrechen des deutschen Faschismus dürfen nicht bagatellisiert werden.

## Fakten aus Sachsen

**Gebietsreform.** Seit 1990 sank die Anzahl der Gemeinden auf weniger als ein Drittel, die Anzahl der gewählten Abgeordneten in Stadt- und Gemeinderäten von rund 25 000 auf 9000.

**Volksgesetzgebung.** Mit 450 000 Unterschriften ist die Hürde für Volksbegehren sehr hoch, und sie wuchs faktisch mit dem Bevölkerungsschwund.

**Kriminalität.** 2003 registrierte die Polizei 352 866 Straftaten, 4,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Die seit Jahren stark zunehmenden Fälle von Korruption und anderen Wirtschaftsdelikten, auch von Staatsbediensteten, waren Anlass für die Bildung der Sonderinheit INES der Staatsanwaltschaft.

**Gemeindefinanzen.** Die Städte und Gemeinden Sachsens sind mit durchschnittlich 1231 Euro je Einwohner bundesweit am stärksten verschuldet.

**Kommunalverwaltungen.** Die Beschäftigtenzahl verringerte sich seit 1992 von rund 210 000 auf 94 000.

Die sächsischen Gedenkstätten sollten frei von der Einflussnahme durch die Regierung sein. Wir unterstützen demokratiefördernde, antirassistische, antifaschistische und interkulturelle Projekte.

## Starke Kommunen

Es ist ein Skandal, dass die Kommunen in Deutschland nicht einmal mehr ihre Pflichtaufgaben gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern erfüllen können, weil ihnen das Geld fehlt. Hier bricht vor unseren Augen die kommunale Selbstverwaltung zusammen und es verschwinden Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger, über ihre konkreten Lebensbedingungen selbst zu entscheiden. Die Kommunen befinden sich in der schlimmsten Finanzkrise nach dem 2. Weltkrieg. 2005 will man Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum „Arbeitslosengeld II“ zusammenlegen. Schon heute ist abzusehen, dass das den Kommunen keinerlei Einsparungen bringen wird. Im Gegenteil – ostdeutsche Kommunen müssen mit erheblichen Mehrausgaben rechnen.



Maria Gangloff, PDS, seit drei Jahren Bürgermeisterin von Böhlen

Fortsetzung auf Seite 9

# Ein gutes Dutzend



**Steffen Tippach,**  
Direktkandidat  
Wahlkreis 25  
Leipzig 1



**Volker Külow,**  
Direktkandidat  
Wahlkreis 26  
Leipzig 2



**Dietmar Pellmann,**  
Direktkandidat  
Wahlkreis 27  
Leipzig 3



**Siegfried Schlegel,**  
Direktkandidat  
Wahlkreis 28  
Leipzig 4 (\*)



**Barbara Höll,**  
Direktkandidat  
Wahlkreis 29  
Leipzig 5



**Cornelia Falken,**  
Direktkandidat  
Wahlkreis 30  
Leipzig 6



**Wolfgang Denecke,**  
Direktkandidat  
Wahlkreis 31  
Leipzig 7 (\*)



**Sebastian Scheel**  
Landesliste



**Heike Werner**  
Landesliste



**Andreas Willnow**  
Landesliste



**Darina Mai**  
Landesliste



**Jens Herrmann**  
Landesliste

(\*) Beide Kandidaten wurden wegen eines nicht von ihnen verschuldeten Formfehlers als Direktkandidaten nicht zugelassen. Nach dem 19. September 2004 besteht laut Feststellung des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes die Möglichkeit der Wahlanfechtung.

## 12 Leipziger für Sachsen zur Landtagswahl am 19. September 2004

# Sozial mit aller Kraft!

[www.pds-leipzig.de](http://www.pds-leipzig.de)

Fortsetzung von Seite 8

Das Schrödersche Gesetz mit der Bürokratenbezeichnung „Hartz IV“ gehört deshalb in den Sondermüll.

Wir stehen für eine Kommunalpolitik, die Bürgerinnen und Bürger von Kommunalabgaben entlastet. Beispielsweise sollte bei der Müllbeseitigung stärker innerhalb der Region kooperiert werden; Müllvermeidung sollte durch mengenabhängige Gebühren belohnt werden.

Die Kommunen sollten ihre Betriebe und Einrichtungen stärken und bewirtschaften. Es geht nicht so weiter, dass privatisiert wird und die Kommunen im „öffentlichen Interesse“ oft die Verluste zu tragen haben, Gewinne aber privat eingestrichen werden. Deshalb dürfen kommunale Gesundheitseinrichtungen und Sparkassen nicht privatisiert werden. Kommunen sollten verstärkt auf Genossenschaften setzen, bei denen die Kommune Eigentümerin an Grundstücken und Gebäuden bleibt und lediglich die Leistungen privat erbracht werden.

Wir haben genug von **Gebietsreformen!** Gespart wird dabei wenig, aber die Büro-

kratie wird gestärkt. Je größer die Verwaltungseinheiten, desto weniger engagieren sich die Bürgerinnen und Bürger, desto weniger Transparenz herrscht.

Vor allem bei Vorhaben, wo sich die Bürgerinnen und Bürger finanziell beteiligen müssen (z. B. als Anlieger beim Straßenbau), sind vollkommene Offenheit und Öffentlichkeit unabdingbar. Die Mitspracherechte müssen vergrößert werden.

In Sachsen wird zu viel verwaltet und der Bürger zu oft gegängelt. Wir sind für einen sogenannten „zweistufigen Verwaltungsaufbau“. Also weg mit den Regierungspräsidien, Regionalschulämtern und über 380 Mittel- und Sonderbehörden!

**Wir wollen mehr Mitbestimmung in unseren Kommunen:**

- Durch Einrichtung einer Kommunal-kammer sollen die Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen mehr mitbestimmen können.

- Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich direkt an der Aufstellung der kommunalen Haushalte beteiligen können. Wir wollen Bürgerhaushalte!

- Erweitertes Akteneinsichtsrecht für Bürgerinnen und Bürger soll ihre Sach-

kunde in kommunalen Angelegenheiten stärken.

**Wir wollen mehr Geld für unsere Kommunen:**

- aus einer modernisierten Gewerbesteuer,

- aus erhöhten Anteilen an der Einkommensteuer,

- durch einen gerechten Finanzausgleich zwischen dem Land und den Kommunen.

**Wir wollen lebenswerte Kommunen:**

- Kommunalabgaben der Bürgerinnen und Bürger müssen durch dezentrale Wasserver- und Abwasserentsorgungsanlagen bezahlbar bleiben. Für Trink- und Abwassergebühren sollten Höchstbelastungsgrenzen festgelegt sowie wirksame Härteklausele eingeführt werden.

- Der Privatisierungswahn in den Kommunen, besonders die Privatisierung sozialer Aufgaben, muss aufhören.

- Wir wollen eine Energiewende durch Energieeinsparung, die Förderung regenerativer Energien und regionaler Energieerzeugung und -verteilung.

- Überdimensionierten thermischen Abfallbeseitigungs-Anlagen darf keine För-

derung mehr zuteil werden!

- Mobilität ist ein Grundrecht. Wir wollen, dass das Sachsenticket zur Fahrt mit allen Verkehrsmitteln des ÖPNV in Sachsen berechtigt. Im ländlichen Raum darf das Verschwinden des öffentlichen Personen-Nahverkehrs nicht zugelassen werden. Er muss flächendeckend sein und bleiben.

- Der Schwerlastverkehr muss raus aus den Städten und Gemeinden – und zwar auf die Schiene!

- Die Schiffe müssen der Elbe und nicht die Elbe den Schiffen angepasst werden.

- Ein Hoch gebührt den Kleingärtnern – sie unterlaufen die Tomatenpreise und vermindern den weltweiten Landschaftsverbrauch durch Billigtourismus! Kleingärten muss man erhalten! Beiträge gemäß Kommunalabgabengesetz muss man für Kleingärtner einfrieren!

- Mit dem Sozialpass für Einkommensschwache könnte vielen Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Die Gesamtbelastung aus Gebühren, Kommunalsteuern und Beiträgen pro Kopf ist durch eine gesetzlich definierte Höhe zu begrenzen.

## Eduard Mörike

Zum 200. Geburtstag  
am 8. September

ER IST'S

Frühling lässt sein blaues Band  
Wieder flattern durch die Lüfte;  
Süße, wohlbekannte Düfte  
Streifen ahnungsvoll das Land.  
Veilchen träumen schon,  
Wollen balde kommen.

– Horch, von fern ein leiser

Harfenton!

Frühling, ja du bist's!

Dich hab ich vernommen!



Das sind wohl die bekanntesten Verse, die der Schwabe schrieb. Wie das meiste fernab vom Zeitgeschehen. Johannes R. Becher gibt eine Erklärung für das Zeitlose in Mörikes Dichtung: „Wären die Zeitumstände anders gewesen ..., wer weiß, ob nicht Mörike seine Idylle verlassen und sich mitten ins Leben hineingestellt hätte. ... Aber was Gottfried Keller zugute kam, die demokratische Tradition seines Schweizertums und die 48er Jahre ..., das alles blieb Mörike versagt.“ Schon bei der Einweihung eines Denkmals für den Poeten in Stuttgart hatte sein Freund und Wegbegleiter, der Schriftsteller, Philosoph und demokratische Politiker Friedrich Theodor Vischer, den Dichter mit den Worten charakterisiert: „Das Leben, das wirkliche Leben, braucht ja noch andere Kräfte, nüchterne, eiserne ...“ Doch auch so: „... aber darum möchten wir nicht missen die Geister mit weicher, träumerischer, mit sanfter Bewegung der Schwingen, die Geister, deren Träume aber darum keine hohlen Träume sind, sondern tiefe Träume, die zurückgehen zu den alten Völkern, den uralten Phantasien, womit ahnende Völker sich das Rätsel der Welt zu deuten gesucht.“ • L.

**M**aler und Schriftsteller stehen unter dem Einfluß ihres Milieus; man muß fanatisch hartnäckig sein, um sich nicht von Lob oder Tadel, von Preisen oder Ruffeln vom Weg abbringen zu lassen.

Ilja Ehrenburg

**I**ch habe im Grunde als Zeichner begonnen, und ich werde wohl als Zeichner auch aufhören. Was dazwischenliegt – die Masse der Bilder, das Hauptwerk – wird erst später eingeschätzt werden können. Da hängt auch im Augenblick zu viel Mensch, Person dran. Mensch, Person, das muß erst weg, verschwinden hier oben samt der leidigen Politik – dann erst kann das Werk richtig Wirkung machen, wird man es auch klarer sehen: nackt.“

So der Preetext aus Schleswig zum Auftakt der Tübke-Ausstellung im Schloß Gottorf, die anschließend auch in Leipzig und in Wuppertal gezeigt wird. Nur – mit der „leidigen Politik“ ist das so eine Sache, hat doch die Kulturpolitik der DDR diese Breite seines Œuvres erst ermöglicht. In den Vorbereitungen der Schau in Schloß Gottorf ist der Künstler am 27. Mai 2004 gestorben.

Die Ausstellung bietet endlich die Gelegenheit, die Klischees und oft einseitigen Vorstellungen, die die Besucher der Museen hierzulande von DDR-Kunst haben, zu revidieren. Für die Ausstellung wurden rund achtzig Zeichnungen und Aquarelle ausgewählt. Das sind lauter bildmäßige „Meisterblätter“. Sie geben Einblick in Tübkes kontroverse Ausdrucksbereiche und zeigen alle Schichtungen und Verstreungen seines weitverzweigten Lebenswerks, das nur noch für Eingeweihte über-

## Werner Tübkes Meisterblätter

schaubar ist.

Die Auswahl der Blätter reicht von einem hintergründigen Selbstbildnis aus dem Jahr 1957 bis zu einer detaillierten Studie für die Bühnenbilder der Bonner „Freischütz“-Inszenierung von 1991 und seinem dämonischen „Todesengel“ für das Clausthaler Altarwerk von 1993.

Diese Auswahl deckt Werner Tübkes Lebensthemen zwischen Landschaften, Strandbildern, dramatisch aufgeladenen Historienbildern, sensitiven Porträts und den „Capricci“ mit ihrer magischen Phantastik ab. Drei Werkkomplexe werden systematisch illustriert: das große

zeitgeschichtliche Werk der sechziger Jahre, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (*Lebenserinnerungen des Dr. jur. Schulze*), dann die Imaginationen rund um das Bauernkriegspanorama, schließlich das Leitthema des späteren und späten Werks: die Harlekinaden, die Mysterienspiele, die „Verfallsgesellschaften“ und Endspiele. Glanzpunkte der Ausstellung sind die juwelenhaft leuchtenden Aquarelle – exzeptionelle Werke, bei denen sich Tübke für kostbare Augenblicke von der Reflexions- und Erinnerungslast freimacht und sich geradezu pantheistisch in

die Naturphänomene versenkt. Der beste Kenner seines Werkes aus der alten Bundesrepublik, Eduard Beaucamp, über viele Jahre als Kunstkritiker für die großbürgerliche FAZ tätig, hat Ausstellung und Katalog von der Idee bis zur Verwirklichung geprägt. Im Katalog erläutert er nach einem einführenden Text die einzelnen Arbeiten Blatt für Blatt. Seine Kommentare stützen sich auf langjährige Gespräche mit dem Künstler.

Werner Tübkes Meisterblätter werden noch bis zum 26. September auf Schloß Gottorf bei Schleswig gezeigt. Vom 16. November bis zum 30. Januar 2005 sind sie dann in Leipzig im Neubau des Stadtgeschichtlichen Museums zu sehen.

Der vorzügliche der Ausstellungen-Katalog kostet 27 Euro.

KARL-H. WALLOCH



Bild: Aus dem Katalog der Ausstellung.

## Lachmesse 2004

LN. Vom 7. bis zum 17. Oktober erlebt Leipzig erneut Deutschlands größtes internationales Kabarett- und Kleinkunstfestival. An den elf Tagen gastieren über 150 Künstler aus sieben Ländern in der Stadt und garantieren (sagt Arnulf Eichhorn) in 109 Veranstaltungen „rundum Humor und Satire vom Feinsten“. Zum Auftakt der Lachmesse erhält das Clowns-Duo Ursus und Nadeschkin den begehrten Kleinkunstpreis „Leipziger Löwenzahn“ für das beste Programm der Lachmesse 2003. Erstmals werden zur diesjährigen Lachmesse die Top-Kabarettisten Gerd Dudenhöffer und Richard Rogler und die Comedy-Stars April Hailer und Bernhard Hoecker gastieren.

## Edvard-Grieg-Kongress

LN. Der 5. Deutsche Edvard-Grieg-Kongress „Weltbild und Werk“ findet vom 24.–26. September in Leipzig statt. In Anerkennung seiner bisherigen Arbeit wurde der hiesige Verein „Edvard-Grieg-Gedenk- und Begegnungsstätte“ mit der Ausrichtung beauftragt. Die Leipziger Edvard-Grieg-Gesellschaft wird im Sommer 2005 im ehemaligen Verlagshaus der Edition Peters in der Talstraße einen musikalischen Treffpunkt zur Erinnerung an den norwegischen Komponisten eröffnen, in dem eine Dauerausstellung gezeigt und Veranstaltungen stattfinden werden. Edvard Grieg hatte in Leipzig Musik studiert und wohnte oftmals längere Zeit in der Talstraße 10.

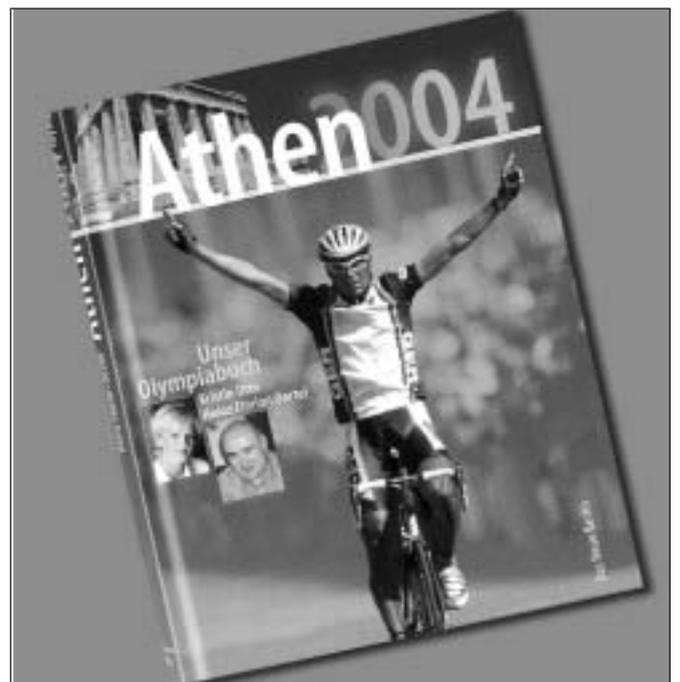
## Die Spiele sind vorbei – das Buch ist da

Zum dritten Mal hat sich der Verlag Das Neue Berlin an dem Wettbewerb um das schönste, beste und schnellste Olympiabuch beteiligt. Das Ergebnis: Nur fünf Tage nach Abschluss der Spiele liegt *Athen 2004 – Unser Olympiabuch* vor. Herausgeber sind in bewährter Weise Kristin Otto und Heinz-Florian Oertel.

Ein Buch über 14 Tage Olympische Spiele mit hunderten von Wettkämpfen in so wenigen Tagen in hoher Qualität vorzulegen, ist nur möglich, wenn den Herausgebern und dem Verlag zugleich ein Kollektiv qualifizierter Journalisten zur Seite steht. So hatten denn auch mit Brigitte Zimmermann und Wolfgang Richter bereits am 13. August „Quartier“ im Verlagsbüro bezogen. Sie waren im ständigen Kontakt mit dem Re-

daktionsleiter Volker Kluge und den 15 hochkompetenten Berichterstattern in Athen. So wuchs das Buch in den Tagen der Spiele Seite um Seite, fertige Druckbögen wurden in der Druckerei vorgefertigt. In der Nacht nach der Abschlussfeier liefen die letzten Bögen durch die Druckmaschine, danach legte der Buchbinder Sonderschichten ein, so dass das 240-seitige, mit vielen Farbbildern versehene Buch bereits heute (3. September) von den Herausgebern präsentiert werden kann. Eine beachtenswerte Leistung aller daran Beteiligten.

*Athen 2004 – Unser Olympiabuch* kostet 19,90 Euro. Die Buchhandlung RIJAP (Tel. 0341-9 11 01 70) liefert das Buch in Leipzig frei Haus, in alle andere Orte Sachsens für geringes Porto. • V. D. N. B.



DER EINSTIEG ZUM AUFSTIEG – mit diesem griffigen Slogan warb die Bundeswehr, die offenbar keine Messe mehr verschonen will, nun auch auf der Leipziger Computermesse für sich und ihre militaristischen Ziele in aller Welt. Nicht, dass nachstehend vorgestellte, sich selbst entlarvende Trend-Computerspiele über den Vietnamkrieg der USA direkt etwas mit der Bundeswehr zu tun hätten; sie wurden auch nicht auf ihrem Stand angeboten, sondern waren ganz einfach Zucker-Angebot dieser „Games Convention“. Aber genau diese Spiele kommen ihr doch sehr zu pass. Denn die Entwickler bedienen aufs vorzüglichste den sogenannten Bildungsauftrag der Bundeswehr. Und der muss angesichts des deutschen Wesens erst mal heißen, die Kids ans Blut zu gewöhnen und an den lockeren Griff zur „Wumme“. Wie spassig das alles! Nur, dass mit diesem EINSTIEG ins Leben der Erwachsenen nicht der Aufstieg, sondern der AUSSTIEG aus dem Leben programmiert wird.



Foto: Fiebelkorn

### Die Spiele

Wer Computerspiele zum Leben braucht, kennt gewiss die Zeitschrift *play*. In ihrem Oktoberheft wird zutiefst bedauert, dass sich zum Beispiel bei dem auch auf der diesjährigen Leipziger Computermesse umlagerten Spiel *Conflict. Vietnam* der „Realismusdrang der Entwickler“ verebbt. „Wurde ein Ballermann leergefeuert, kommen die Jungs nicht von alleine auf die Idee, einen neuen Todbringer oder auch nur frische Munition aufzuklauben. Selbst wenn der Boden nach einer besonders heftigen Schlacht übersät ist von bester nordvietnamesischer Armeeausrüstung – ihr müsst eure Untergebenen stets manuell ausrüsten. Das artet in der Praxis leider allzu häufig in lästiges Hin- und Hergeklicke aus.“

Wirklich, ein bisschen leichter könnten einem die Spiele-Entwickler das Abmurksen des Gegners schon machen. Der bei all diesen Spielen natürlich immer der Vietcong ist.

Den Vogel abgeschossen hat wohl das Spiel *Shellshock Nam'67*, das ebenfalls seine Premiere auf der Leipziger Messe erlebte. *Play* meint lakonisch über das ein Vierteljahr verzögert auf dem Markt gekommene Kriegsspiel, nichts werde so heiß gegessen wie's gekocht wird. Sehen wir uns die Beschreibung der „lauwarmen“ Kost für die künftigen Soldaten an:

„Als junger Rekrut werdet ihr im Jahr 1967 zu einer kleinen Einheit mitten in den vietnamesischen Dschungel abkommandiert. Vom provisorisch errichteten Basis-Camp aus startet ihr zu den unterschiedlichsten Missionen: Mal stürmt ihr feindliche Stellungen, mal verteidigt ihr ein eingenommenes Fort gegen anrückende Vietcongs. ... Später steht auch ein waschechter *Stealth*-Auftrag (*stealth* = hinterrücks – LN) auf dem Einsatzplan: Mit Buschmesser und schallgedämpfter Pistole robbt ihr durchs Unterholz und pirscht

## Die gezackte Klinge in den Hals rammen

### Computerspiele – ein Beitrag zur Erziehung der nachwachsenden Generation

euch an die aufmerksamen Wachsoldaten heran. Wart ihr vorsichtig genug, rammt euer abgebrühtes Alter Ego dem bemitleidenswerten Bösling die gezackte Klinge in den Hals, ehe dieser auch nur einen Mucks von sich gibt.“

\*

„Der Fokus von *Shellshock* liegt eindeutig auf Einzelaktionen. ... Zwar geben euch die Schicksalverbündeten brav autonom Feuerschutz. Wenn allerdings Kämpfer mit Strohhut auf dem Kopf im Dutzend durchs Unterholz brechen, müsst ihr die Hauptarbeit schon alleine machen.“

\*

„Da aber auch der durchtrainierteste Athlet mit *Fitness* alleine keinen Krieg gewinnen kann, habt ihr einen ganzen Sack voll authentischer Todbringer: Angefangen bei diversen Pistolen- und Schnellfeuergewehrtypen (ja, M16 und AK ‚Kalaschnikow‘ 47 sind auch mit von der Partie) über *Flammen* und *Granatwerfer* bis hin zu diversen *Granaten-Varianten*.“

\*

„Zwar zerplatzen die Köpfe

eurer digitalen Widersacher bei gezielten Treffern zu blutigen Polygonwolken ... doch kennt der routinierte Zucker solcherlei plakative Splatter-Einlagen bereits aus vielen anderen PS2-Metzeleien. Also geht *Shellshock* noch weiter: Auf euren Streifzügen durch vietnamesische Kerkeranlagen stoßt ihr des Öfteren auf grausig verstümmelte Folteropfer. Zudem findet ihr regelmäßig die abgeschlagenen Häupter getöteter Soldaten – zur Abschreckung auf Holzpfähle gespießt.“

\*

„Die Kehrseite der Medaille ... Ihr erreicht mit eurer Einheit ein kleines Dorf und der LT (Leutnant) gibt den Befehl, im Heuhaufen nach versteckten Waffen der nordvietnamesischen Armee zu suchen und die Dorfbewohner im Zentrum zusammenzutreiben. Plötzlich versucht einer der Einheimischen die Flucht und ihr müsst ihn stoppen. Eröffnet ihr nun fatalerweise das Feuer, statt dem Flüchtling einfach den Weg abzuschneiden, gehen eure Kameraden davon aus, dass ihr einen der Reibauern bewaffnet wähnt, und

erschließen kurzerhand alle Dorfbewohner.“

### Die Politiker

Ministerpräsident GEORG MILBRADT, CDU, sagte in seinem Grußwort zur Eröffnung der *Games Convention* in Leipzig am 18. August unter anderem:

„Der Wunsch nach bestmöglicher Simulation der Wirklichkeit und die Suche nach einem Nervenkitzel, der Menschen immer von Neuem herausfordert, fordert auch die Programmierer und die Chip-Designer. Das zeigen auch die neuesten Programme hier auf der Messe.“

Gut möglich, dass er die Kriegsspiele damit nicht meinte. Ausdrücklich ausgeschlossen hat er sie aber auch nicht.

Ebenfalls zur Eröffnung sprach die nordrhein-westfälische Ministerin für Schule, Jugend und Kinder, UTE SCHÄFER. Sie traf den Nagel auf den Kopf: „Auch Sie als Hersteller oder Verteiler von Computerspielen nehmen in diesem Kontext eine wichtige Verantwortung: Denn ihre Produkte tragen über die Inhalte und Darstellungen auch

zur Ausprägung von Wertvorstellungen bei. Damit leisten auch Sie einen Beitrag zur Erziehung der nachwachsenden Generation. Für das verantwortungsvolle Umgehen mit dieser Aufgabe danke ich ihnen.“

Sie lobte ferner das am 1. April 2003 in Kraft getretene neue Jugendschutzgesetz, das die Alterskennzeichnung von Computerspielen verbindlich vorschreibt, womit dann ja wohl alle Probleme gelöst sind: „Inzwischen können wir gemeinsam auf mehr als ein Jahr der Praxis unter den neuen rechtlichen Bedingungen blicken und eine positive Bilanz ziehen. Durch die gesetzlich vorgeschriebenen Alterskennzeichnungen ist die Akzeptanz von Computerspielen in der Gesellschaft verbessert worden. Zwar gibt es immer noch Stimmen, die auf die Gefährdungen und Risiken hinweisen – diese sind aber weit weniger geworden und dominieren nicht mehr in dem Maß den öffentlichen Diskurs.“

Na prima!

• M. W.



Szene aus „Mercenaries“, vorgestellt in „Play“: „Im Krieg und in der Liebe ist alles erlaubt. – Hier lässt Jennifer Mui gerade einen Widersacher Staub fressen.“



Aus „Shellshock Nam' 67“: „Abschreckung: Eure Kameraden hatten kein Glück – solche Grausamkeiten sollen die Moral eurer Einheit schwächen.“

## KALENDERBLATT

### Vor 100 Jahren geboren Walter Bartel

Walter Bartel, am 15. September 1904 in Fürstenberg/Havel als Sohn proletarischer Eheleute geboren, trat 1923 der KPD bei, in der er während der Weimarer Republik zahlreiche Funktionen ausübte. Von 1929 bis 1932 war er Lehrgangsteilnehmer und anschließend Aspirant an der Internationalen Leninschule in Moskau, eine Tätigkeit, die ihn weitgehend politisch prägte.

Im Verbindungsbüro des illegalen ZK-Sekretariats in Berlin tätig, wurde er am 26. Juni 1933 verhaftet und zu zwei Jahren und drei Monaten Zuchthaus verurteilt, die er im Zuchthaus Brandenburg-Görden verbrachte. Nach seiner Freilassung emigrierte er in die Tschechoslowakei, wo er im Zuge der deutschen Besetzung im März 1939 erneut verhaftet und nunmehr in das KZ Buchenwald überführt wurde. Hier bildete er bald zusammen mit Ernst Busse und Harry Kühn den sogenannten Dreierkopf, die illegale Parteileitung im KZ Buchenwald. 1943 wurde Walter Bartel Vorsitzender des illegalen Lagerkomitees, und er war führend beteiligt an der Selbstbefreiung der Häftlinge am 11. April 1944.

Unmittelbar nach Kriegsende wurde er Dezernent für das Volkshochschulwesen im Berliner Magistrat und 1946 persönlicher Referent von Wilhelm Pieck, später dessen einflussreicher Büroleiter. In Verbindung mit innerparteilichen Vorgängen wurde er im Juli 1953 von dieser Funktion entbunden und nach Leipzig versetzt, wo er zu den Linken in der deutschen Sozialdemokratie promovierte und eine Professur für neue und neueste Geschichte an der Karl-Marx-Universität erhielt. 1957 wurde er zum Direktor des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte in Berlin berufen und danach als Ordinarius an die Humboldt-Universität zu Berlin, an der er zugleich als Projektor für Studienangelegenheiten tätig war.

Walter Bartel besaß hohes Ansehen unter den antifaschistischen Widerstandskämpfern in aller Welt. Davon zeugte unter anderem der von ihm ausgeübte Vorsitz der Geschichtskommission der Zentraleitung der Antifaschistischen Widerstandskämpfer und sein Wirken als Kopräsident des Internationalen Buchenwaldkomitees. Sein 1958 im Dietz Verlag Berlin veröffentlichtes Buch „Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg“ galt über Jahrzehnte hinweg als ein Standardwerk zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Walter Bartel verstarb am 16. Januar 1992 in Berlin.

• KURT SCHNEIDER

Als sich Ende April 1945 die Lage in Leipzig langsam zu stabilisieren begann, standen die Tore zu den Kasernen weit offen. Also bediente sich die Leipziger Bevölkerung, und nicht nur die ausgebombte! Die Amerikaner störte das wenig, denn schon bald erfuhren sie, dass ihr Verweilen in Thüringen und Sachsen von kurzer Dauer sein würde, und viele von ihnen wurden schon bald über Bayern auf den fernöstlichen Kriegsschauplatz verfrachtet.

Wofür sollten auch in einem zu entmilitarisierenden Deutschland Kasernen noch gut sein und darum geschützt werden? Doch schon bald wurde ihre halb-militärisch-zivile Nützlichkeit entdeckt. In die Kasernen an der Hallischen Straße (Georg-Schumann-Straße, heute LVA) zogen erste Flüchtlinge ein, wenn auch anfangs mehr zufällig, eben weil sie ein Dach über dem Kopf brauchten. Und die Kasernen an der Heerstraße (Olbrichtstraße, heute General-Olbricht-Kaserne) und in Schönau wurden zu Auffanglagern für ehemalige Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge, die auf ihren Transport in die Heimat warteten. So waren in der Kaserne in Schönau (Grünau) 600 Russen, Ukrainer u. a. untergebracht worden und in der Kaserne Gohlis am 2. August 1945 1895 Jugoslawen, 1300 Polen und 30 Franzosen. Für die Gohliser und besonders die Familien in den Kasernen, vorrangig ehemals Offiziers- und Unteroffiziersfamilien, entstand eine recht brisante Situation, denn jene Jugoslawen, Polen und Franzosen waren nach oft jahrelanger Gefangenschaft plötzlich frei, soweit man ihre Situation tatsächlich als „frei“ bezeichnen konnte. Wieder waren sie in einem Lager, zwar von den Amerikanern relativ gut gepflegt, aber eben wieder bewacht, ohne Hab und Gut, ohne Tätigkeit, gelangweilt, wartend. Ist es da verwunderlich, dass so mancher der jahrelang Gequälten und Gepeinigten die Niederlage der Deutschen über die Maße feierte? Ihre Rückführung in die Heimat erfolgte jedoch relativ schnell.

Am 2. Juli 1945 rückten die Amerikaner ab und die Rote Armee zog in Leipzig ein. Für die Kasernen änderte sich aber erst mal kaum etwas. Doch anders als bei den Amerikanern wurden einige für die Unterbringung der Truppen genutzt. Das betraf in erster Linie die durch die Wehrmacht gebaute Kaserne in Schönau und die Nachrichtenkaserne an der Danziger Straße (Max-Liebermann-Straße). Eine genaue Belegung lässt sich aus bisher vorliegenden Dokumenten nicht entnehmen. Nur ein Hinweis findet sich immer mal wieder: In die Kaserne an der Heerstraße (heute General-Olbricht-Kaserne) zog auch eine „Trophäen-Brigade“ ein. Sie hatte die Aufgabe, aus den von den Amerika-

# Leipzigs Kasernen nach Kriegsende (I)

nern nicht mitgenommenen Archiven und Sammlungen das auszuwählen, was von Interesse war. Viele Kulturgüter kamen später zum Teil restauriert und als Geste der Freundschaft gewertet zurück, um anderes wird heute noch, wenn auch bisher ziemlich erfolglos, gerungen.

In der Kaserne an der Georg-Schumann-Straße aber entstand ein Flüchtlingslager.

Die ersten Bewohner hatten Leipzig bereits im April 1945 erreicht. Es waren zuerst Familien aus Ostpreußen und Oberschlesien, später auch aus Westpreußen und Niederschlesien, die vor der Roten Armee nach Westen flohen oder von Wehrmachtssoldaten, SS-Leuten und NSDAP-Hoheitsträgern aus ihrer Heimat vertrieben worden waren, um die Politik der „verbrannten Erde“ auch auf deut-

Ungarn und Rumänien auch in Leipzig Zigtausende von Aus- und Umgesiedelten.

Mit Datum vom 24. August 1945 findet sich im Stadtarchiv folgende Notiz: „König-Georg-Kaserne wird heute als behelfsmäßige Flüchtlingsammelstelle eingerichtet.“ Hier sollten 5000 Personen untergebracht werden.

Wie gigantisch die Aufgabe war, das zeigt sich in den überlieferten Dokumenten. Die Kaserne, in der noch 20 Leipziger Familien wohnten, war im April 1945 von den Soldaten der Wehrmacht verlassen worden. Im Bericht des Gesundheitsamtes an Oberbürgermeister Zeigner vom 15. September wird belegt, dass sich zu diesem Zeitpunkt 750 „Insassen“ in dem Gebäude befanden, das sich in einem haarsträubenden Zustand befand. In



Frauen vor dem Heimkehrerlager in der 106er-Kaserne in der Leipziger Georg-Schumann-Straße

schem Gebiet praktizieren zu können. Für sie richtete die amerikanische Besatzungsmacht im Juni zwei Flüchtlingslager ein. In der Gaudigsschule und in der Wirtschaftsoberschule sollten jeweils 500 bis 600 Flüchtlinge untergebracht werden. Über die Belegung konnten keine Unterlagen gefunden werden.

Nach den alliierten Abmachungen von Potsdam folgten in der zweiten Hälfte des Jahres 1945 und in den folgenden Jahren bis 1947/48 von jenseits von Oder und Neiße, aus den Sudeten, aus

kurzen Worten wurde eingeschätzt: Zustand der Fenster: zerschlagen; Toiletten: unsauber; Waschräume: unsauber; Decken: keine; Ungeziefer: sehr viel; Lagerleiter: Böhme; Arzt: Dr. Preyss; Rot-Kreuz-Helferinnen: 6 für Pflege, 2 für Wirtschaft; Zahl der Krankenbetten: 2.

Anfang November waren bereits 3000 Umsiedler in der Kaserne untergebracht, doch die Lage hatte sich kaum verbessert. Im Jahr 1947 änderte sich die Belegung der Kaserne grundlegend. Das Lager wurde nun zum „Quarantänelager“ für

heimkehrende Soldaten. Das Fassungsvermögen betrug 4000 Mann, wurde aber nur selten ausgelastet. Die Soldaten kamen in größeren Transporten in der Stadt an, wobei sich der Zustand der aus Großbritannien, den USA und Frankreich kommenden ehemaligen Soldaten ganz entschieden von denen aus Jugoslawien, Polen und anderen vom Krieg verwüsteten südosteuropäischen Ländern unterschied. Nicht nur das Aussehen und das Gepäck, sondern auch der Gesundheitszustand war zum Teil diametral entgegengesetzt.

Im Quarantänelager wurden die Heimkehrer registriert, ärztlich untersucht und bei Notwendigkeit auch medizinisch versorgt sowie entlastet.

1947 (ohne Datum) wurden folgende Kasernen als mit sowjetischen Truppen belegt gemeldet: alle drei Kasernen an der Olbrichtstraße sowie an dieser Straße auch das Bekleidungsamt und zwei Offiziersheime, die Kasernen am Viertelsweg, an der Max-Liebermann-Straße, in Paunsdorf und in Schönau sowie das Heeresnebenzeugamt an der Max-Liebermann-Straße, gegenüber dem Lazarett. Der Stab der sowjetischen Truppen befand sich in Stötteritz, Schönbachstraße 10, und die Stadtkommandantur in der Döllnitzer Straße (Lumumbastraße) 25. Außerdem gab es acht Rajonkommandanturen für die jeweiligen Verwaltungsbezirke. Die für den Norden war in der Artilleriestraße (Ludwig-Beck-Straße) 4 untergebracht. Über die genaue Belegung gibt es kaum Angaben. Fest steht aber, dass die Kasernen an der nördlichen Olbrichtstraße (heute General-Olbricht-Kaserne) nur sehr spärlich belegt waren. In der Trainkaserne (später Werk Motor) war ein Sanitätspark (wahrscheinlich Sanitätsbataillon) untergebracht. Die ehemalige Heeresbäckerei wurde durch die Rote Armee genutzt. Im gegenüberliegenden ehemaligen Bekleidungsamt war die russische Militärpolizei untergebracht, und die Militärhaftanstalt wurde als Arrestanstalt weiter genutzt. Die Stadtverwaltung versuchte mit Gesuchen an den Stadtkommandanten, einige der Kasernen und militärischen Gebäude noch für die Unterbringung von Flüchtlingen und Umsiedlern oder auch als Krankenhäuser zu bekommen. So sollte das Lazarett an der Max-Liebermann-Straße zu einem Kinderkrankenhaus ausgebaut werden, wofür die Stadt bereits das nötige Geld und die Baukapazitäten bereitgestellt hatte, und die Kaserne Paunsdorf wollte man als Ersatz für das Krankenhaus St. Jakob zu einem Krankenhaus für Typhus- und Tuberkulosekranke machen. Diese Vorhaben glückten nicht, denn beide Objekte blieben in der Hand der Sowjetarmee.

• DIETER KÜRSCHNER



Von  
**KLAUS HUHN**

Die Medaillenzähler werden hoffentlich inzwischen müde geworden sein, und das – um hier mal einen Politiker zu zitieren – „ist gut so“. Das Auch-Analphabetenblatt *Bild* fällt einmal mehr ein Urteil der letzten Instanz, als es die Medaillenlosen rügte: „Gold blieb ihnen versagt. Sie hätten es auch nur verdient im Dreikampf: ‚Jammern, klagen, schönreden‘. Wasser zu wenig, Wind zu stark, Tempo zu hoch, Druck zu groß, Konkurrenz gedopt. Es verging kein Tag ohne Blech holen und Blech reden.“ Blicke höchstens eine Fußnote zum „welligen Wasser“: Die Kanuten hatten dort vier goldene und drei silberne Medaillen geholt!

Beenden wir unsere „Auswertung“ damit, allen Leipzigern und natürlich auch den außerhalb Ansässigen, die bei Olympia gestartet waren, für ihre Mühen zu danken. Es war da nämlich aus

unserer Sicht keiner, der die Athen-Reise als Vergnügungstrip betrachtete und sich nebenbei mal irgendwo in einen Startblock kauerte, um die Zeit herzubringen. Und vielleicht hätte man *Bild* noch empfehlen sollen, doch mal eine Liste aller deutschen Olympiateilnehmer und ihrer Geburtsorte zu drucken. Da wäre zum Beispiel eine stattliche Ossi-Kanuflotte sichtbar geworden, die die BRD vor dem Desaster bewahrte! Und dazu käme noch

hetzten, um zu einer Medaille zu gelangen, gratulieren wir – auch wenn sie ohne Medaille heimkehrten.

Die Frage, was von Olympia geblieben ist, wurde logischerweise in Athen nachdrücklicher gestellt als zum Beispiel in Atlanta, wo man die Spiele für eine Erfindung von Walt Disney hielt. Ganz oben steht für mich – ungeachtet aller Hymnen und Olivenkränze – die Tatsache, dass der US-amerikanische Außenminister Powell auf seine Athen-

lagen die Pharma-Manager immer vorn, schon weil sie Milliardenumsätze in den sogenannten Fitness-Studios machen, in denen sich Halbwüchsige weltweit Muskeln zulegen. Ob es daran lag, dass jetzt ein Arzt an der Spitze des IOC steht? Jedenfalls haben die Dopingfahnder aufgeholt, gehen jetzt mit schärferem Gerät ans Werk und finden demzufolge auch mehr als früher. Das war ein Olympiasieg, den das IOC und Athen gemeinsam feiern konnten.

Beklagt wurden in den Medien auch die Sicherheitsmaßnahmen der Griechen, die angeblich seit dem 11. September 2001 nötig geworden waren. Man sollte nicht vergessen, dass die Zäune um die Olympischen Dörfer höher gezogen wurden, seitdem in München 1972 jener unselige Anschlag möglich geworden war. Und niemand erinnert heute mehr daran, dass der damals Verantwortliche so viel Kalte-Kriegs-Befehle zu erledigen hatte, dass er die Warnung vor den Palästinensern ignorierte. Die Maßnahmen, die Athen traf, waren demzufolge unumgänglich.

Schließlich und endlich monierten die dafür zuständigen Medien auch die hohen Kosten der Spiele. Mehrere Zeitungen schrieben allen Ernstes, dass man die Summe nach Brüssel melden sollte, weil das griechische Defizit nun die Drei-Prozent-Hürde überschreiten könnte. Der Bock als Gärtner! Und zu sagen wäre auch noch: Wer immer viel – oder meinetwegen auch zu viel – Geld für Olympia ausgibt, dürfte uns sympathischer sein als derjenige, der es in den Irak-Krieg steckt!

## Sportkolumne

# Olympia so oder so

eine Riege Medaillengewinner in anderen Sportarten, von denen sich Ähnliches sagen ließ. Die umjubelte Speerwurf-Zweite Steffi Nerius zum Beispiel wurde in Bergen auf Rügen geboren und warf dort schon 1987 den Speer 45,16 m weit, 1989 waren es 56,88 m und sie stand als Elfte in der DDR-Bestenliste. Die Ruderin Kathrin Boron, die die Flagge aus dem Stadion trug, hatte in Eisenhüttenstadt das Licht der Welt erblickt, und als sie das erste Mal Junioren-Weltmeisterin wurde, trug sie noch das Trikot mit Hammer und Zirkel. Nein, keine Nostalgie und keine Ostalgie, aber bitte auch keine amputierten Lebensläufe! Nochmal: Allen, die sich die Lunge aus dem Hals

Reise verzichtete. Offiziell wurden „Terminschwierigkeiten“ als Gründe genannt, aber darüber können wir alle nur schallend lachen. Wenn Sie mich fragen sollten: Die Griechen hatten ihm einen Wink gegeben, dem Fest nicht noch Ärger – die Yankees sagen „trouble“ – zu bescheren. Olympische Spiele ohne Powell – das muss in der Chronik als dicker politischer Pluspunkt vermerkt werden, zumal ja angesichts der erfolgreichen USA-Athleten ein durchaus sportliches Motiv vorhanden gewesen wäre.

Und noch ein Wort zum Doping: Seit Jahrzehnten gipfelt dieses Problem im Wettkampf zwischen Pharma-Industrie und den Kontrollgeräteherstellern. Da

Wenn die DDR weitergegangen wäre, dann wäre Leipzig judenfrei“. Hätte ich das nicht sofort aufgeschrieben, wäre ich am nächsten Morgen wahrscheinlich von Zweifeln geplagt gewesen, ob ich richtig gehört habe. Es gab dann, davor oder danach, noch den Halbsatz, der in etwa lautete: *dann hätten die Nazis doch noch gesiegt*. Es war spät Abends am 14. August, ich hatte mich bis zu 3sat durchgezappt und war freudig überrascht mitten im jüdischer-Humor-Programm „Fröhlich und meschugge“ von Bernd-Lutz-Lange und Kuf Kaufmann gelandet.

Bernd-Lutz Lange, der Leipziger Kabarettist, braucht kaum weiter vorgestellt zu werden. In den kommenden Tagen und Wochen wird er als einer der sechs des Montagsaufrufs zum „freien Meinungsaustausch über die Weiterführung des Sozialismus in unserem Land“ womöglich mehr Presse machen.

Kuf Kaufmann, einst Chef der Leningrader Music Hall, ist in Leipzig auch kein Unbekannter mehr.

Während sie (die entdeckt hatten, dass „Sachsen der einzige Volksstamm in Deutschland sind, der mit Juden gemeinsame Witze hat“) ihr Programm spielten, bot 3sat immer wieder kurze Unterbrechungen, in denen der eine oder der andere oder beide zusammen über ihre gemeinsame Arbeit über sich und Gott und die Welt plauderten.

Gute Idee und gut gemacht. Aber ein Nachtrag und eine energische Zurückweisung sind dennoch vonnöten.

Zum Nachtrag: Kuf Kaufmann zeigt irgendwann ein bisschen süffisant ein Stück Papier aus seiner Soldatenzeit bei einem Armee-Ensemble in die Kamera und liest vor, was rechts oben steht: Na-

me, Mitglied des Komsomol, Jude ...

Gut möglich, dass das dem einen oder anderem Zuschauer vorkam, als sei da ein Mensch stigmatisiert worden. Nicht gleich mit dem gelben Stern, aber immerhin ... Dazu möchte man schon wissen, dass die junge Sowjetunion (zu deren Vätern zahlreiche Juden gehörten) aus gutem Grund beschloss, den Juden ein Nationalitätenrecht im Vielvölkerstaat zu erteilen. Und so wurde in persönlichen Dokumenten in die Rubrik „Nationalität“ neben Russe, Ukrainer, Turkemene, Kasache, Usbeke usw. auch die als Jude ein-

den Stühlen sitzend, die heute an die in der Pogromnacht zerstörte Leipziger Synagoge erinnern. Lange hat sich intensiv mit dem jüdischen Leben in Leipzig beschäftigt. Hoch anzurechnen ist sein Engagement gegen den Abriss des Henriette-Goldschmidt-Hauses. Damals schrieb er an OBM Tiefensee: „Mir ist völlig unverständlich, wie die Stadt mit ihrem kulturellen Erbe umgeht.“ Und er fragte: „Aber müssen wir nun wirklich einen Ort jüdischen Lebens dem Erdboden gleichmachen, damit die Lobby der Autofahrer zu ihrem Recht kommt?“

## Wo der Witz aufhört

und auch für Kabarettisten Sprachgenauigkeit angesagt ist

getragen. Wobei die Entscheidung, welche Nationalität ein Neugeborenes im sich vermischenden Vielvölkerstaat erhalten soll, allein Sache der Eltern war. Allerdings erlebte ich in den siebziger und achtziger Jahren vor allem unter der russischen Bevölkerung einen Antisemitismus, teils latent, teils brutal offen, der einen erschauern ließ und der mit dem Gründungsanspruch dieser Republik nichts gemein hatte. Auswanderungsbestrebungen von Juden – bis heute (!) – sind da sehr gut nachzuempfinden. Sie haben inzwischen den Effekt, dass die jüdische Gemeinde in Leipzig wieder stark angewachsen ist, so auch die der gläubigen Juden, die sich in der Synagoge zum Gebet treffen.

Damit hat der eingangs zitierte Satz zu tun. Bernd-Lutz Lange sprach ihn – auf

Nun also, bei 3sat, weiß dieser Mann zu berichten, dass in Leipzig dennoch eine Synagoge, weil sie sich in einem Wohnhaus befand, der Brandgier der Nazis an jenem 9. November entging. Allerdings seien nach dem Krieg in Leipzig immer weniger Juden gewesen, so dass zum Ende der DDR die Schließung der Synagoge drohte. Und wörtlich, siehe oben. Ein zweites Mal mag ich diese Ungeheuerlichkeit nicht zu Papier bringen. Einem Bernd-Lutz Lange, der nicht unbedingt ein Vertreter der heute üblichen holzschnittartigen Geschichtsverfälschung ist, darf die Verwendung des Wortes „judenfrei“ im Zusammenhang mit der DDR einfach nicht passieren.

Deutschland judenfrei zu machen, das wurde von den Faschisten am 20. Januar 1942 auf der „Wannsee-Konferenz“ mit

der „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen. „Endlösung“ bedeutete, das jüdische Volk mit allen Mitteln (Vergasen, Erschießen, Verhungern) physisch zu vernichten und völlig auszurotten.

Der Bürgerverein Waldstraßenviertel e.V., Leipzig 1999 nennt in einer Veröffentlichung über das jüdische Leben und Wirken in seinem Viertel Fakten:

„... Bereits einen Tag später wurden 702 Juden aus Leipzig nach Riga transportiert. Mit der vierten Deportation aus Leipzig wurde das Altersheim Auenstraße ‚geleert‘, danach diente es als Gestapohauptquartier.“

Am 14. Februar 1945 verließ der letzte Deportationszug Leipzig nach Therestienstadt. Zu dieser Zeit war das Konzentrationslager Auschwitz bereits durch die Rote Armee befreit.

Am Tag der Befreiung Leipzigs, dem 18. April 1945, lebten in der Stadt noch 24 jüdische Einwohner, die sich versteckt der letzten Deportation entziehen konnten.

Nach 1945 kehrten ca. 250 Überlebende des Holocaust nach Leipzig zurück.

Das vielfältige jüdische Leben und seine Infrastruktur sind durch die verbrecherische Rassenpolitik des Dritten Reiches vernichtet wurden.

Familien, die ihren Lebensmittelpunkt teilweise seit Generationen im Waldstraßenviertel hatten, wurden auseinandergerissen, durch Verfolgung und Auswanderung in alle Welt getrieben und die in Leipzig Zurückgebliebenen, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in Konzentrationslagern ermordet.“

Und die, die heimkamen in eine sozialistische DDR, waren nicht unbedingt gläubige Juden. Sie brauchten keine Synagoge. Sind sie deshalb keine Juden?

• MAXI WARTELSTEINER

## BEI ANDEREN GELESEN

Diagnose des britischen Chefökonom  
Jim O'Neill (Chefvolkswirt der  
US-Investmentbank Goldman  
Sachs)

Auszug aus einem Interview in  
DIE ZEIT, Nr. 35 vom 19. 8. 2004

**O'NEILL:** Deutschland ist Exportweltmeister, das lässt sich nicht mehr steigern. Wohin wollen Sie die ganzen Waren denn liefern? In die Antarktis? Ein Land kann auf Dauer nicht nur für den Export produzieren, das ist unklug ... Außerdem: Deutschlands Unternehmen sind extrem wettbewerbsfähig, das beweisen gerade die hohen Exportzahlen, und trotzdem investieren sie wenig und schaffen kaum neue Jobs. Warum? Weil ihnen der heimische Markt weggebrochen ist. Also muss man ihn ankurbeln – ganz direkt.

**DIE ZEIT:** Wer in Deutschland für mehr Nachfrageorientierung in der Wirtschaftspolitik plädiert, bekommt zur Antwort: Keynes ist tot.

**O'NEILL:** Adam Smith ist auch tot. Und wenn die deutschen Ökonomen weiter so kategorisch denken, wird auch die deutsche Wirtschaft demnächst tot sein. ... Die Diskussion in Deutschland wird oft in den Kategorien von Gut und Böse geführt.

**DIE ZEIT:** Zum Beispiel?

**O'NEILL:** Inflation ist immer schlecht, genauso wie mehr Staatsaktivität oder Staatsschulden. Deshalb erscheinen Regeln so verlockend. Wenn es dann mal eine Regel gibt, muss sie eingehalten werden, weil sonst das vermeintliche Chaos droht. Doch in der Volkswirtschaft ... ist nie etwas glasklar. Die in Deutschland geführte Diskussion spiegelt eine Eindeutigkeit, die es so nicht geben kann. Das eine Problem lässt sich eher mit mehr Strukturreformen lösen, das andere eher mittels höherer Staatsausgaben. Ich amüsiere mich immer wieder über diese dogmatische Denke ...

## Dresden erinnert an Kriegsverbrecher und Kriminelle

Die Namen dieser „Opfer“ der Nachkriegsjustiz werden geheimgehalten

In LEIPZIGS NEUE (14' 04) hatte ich mich zu einer Tafel geäußert, die am Münchner Platz in Dresden an 15 Personen erinnert, die zwischen 1945 und 1952 zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Ich schrieb: „Im Klartext. Hier wurden Kriegsverbrecher hingerichtet. Warum werden diese Namen (auch durch Haase) geheimgehalten?“ Am 16. Juni 2004 gewährte mir die amtierende Leiterin der Gedenkstätte Einblick in die Liste der Verurteilten,

nachdem ich seit dem 15. Oktober 2003 in insgesamt 13 Briefen an Verantwortliche (die in ihren 7 Briefen eine schriftliche Antwort nicht geben wollten oder konnten) darum gebeten hatte, die Namen bekannt zu geben.

Jetzt habe ich diese Namen und die Urteilsbegründungen. Ich muss mich in einem Punkt korrigieren. Von den 15 Genannten sind 13 als Kriegsverbrecher verurteilt worden, zwei als Mehrfachmörder, verbunden mit schwerem Raub.

Unter den verurteilten Kriegsverbrechern befinden sich der Euthanasie-Mörder von Pirna-Sonnenstein, Professor Dr. Paul Nitsche, und drei seiner Komplizen. Dass Massenmörder seines Typs in den Gefilden westlich der Elbe weiter als Ärzte praktizieren durften, beweist manches, nicht aber, dass Nitsche unschuldiges Justizopfer ist. Zwei der Verurteilten sind mir als Görlitzer schon in meiner Schulzeit begegnet. Bruno Malitz war Kreisleiter der NSDAP, Joa-

chim Meinshausen Oberbürgermeister von Görlitz gewesen. Sie waren verantwortlich für die Morde an Juden, KZ-Häftlingen und Kriegsgefangenen. Solche Verbrechen sind auch in Nürnberg, Dachau und Landsberg (unmittelbar nach dem Krieg) – zu Unrecht? – geahndet worden. Für diejenigen, die sich auch für die „Opfer“ des „Missbrauchs des Rechts an diesem Ort“ (Münchner Platz, Dresden – d. Red.) interessieren, bleibt nur der Weg über eine Terminvereinbarung mit der amtierenden Leiterin der Gedenkstätte.

Und es bleibt die Frage: Warum diese Geheimniskrämerie? **HORST SCHNEIDER, DRESDEN**

Kürzlich erlebte ich im Fernsehen einen Auftritt des ehemaligen Berliner SPD-Senators Strieder. Er beschimpfte die PDS wegen ihres klaren Auftretens gegen Hartz IV und die gesamte Agenda 2010 als „verlogene Bande“. Ob die Menschen vergessen hätten, dass die PDS die Nachfolgepartei der SED sei!

Ich bin über so etwas empört. Verlogen sind für mich Herr Strieder und der Kanzler selbst. SED und erst Recht die PDS stehen für mich nicht automatisch für Schlechtes. So wie vielen anderen meiner Generation war es mir nach der Schule möglich, den anspruchsvollen, aber schönen Beruf einer Krankenschwester zu erlernen. Dabei bin ich als elternloses Kind in einem Heim aufgewachsen. In der DDR galten vor allem Engagement und Leistung. Es gab aber auch Solidarität mit denen, die nicht so konnten. Obwohl selbst nie Mitglied einer Partei, waren für mich und andere Genossen Vorbilder, die uns förderten. Viele Jahre habe ich nach einer Qualifizierung als OP-Schwester im Schichtdienst sowie als leitende Schwester und Mentorin in einem Leipziger Krankenhaus gearbeitet. Stolz bin ich deshalb allein erziehende Mutter, dass meine bei-

## Das Allerletzte

den Töchter auch im Wissen um die Belastungen den gleichen Beruf erlernt haben.

Auch nach der Wende habe ich erlebt, dass es vor allem PDS-Mitglieder waren, die sich der Ängste und Nöte anderer annehmen, weil für sie soziales Gewissen und Solidarität nicht nur leere Worte sind.

Mütter können verstehen, was es bedeutet, wenn die Tochter beabsichtigte, mit den Enkeln wegen einer fehlenden Wohnung in den Westen zu ziehen, obwohl sie es eigentlich nicht wollte. In dieser für mich verzweifelten Lage wandte ich mich 1992 an die PDS-Stadträte Dr. Lothar Tippach und Siegfried Schlegel. In Gesprächen machten sie mir Mut und gaben Rat, an welche Ämter man sich in der neu strukturierten Stadtverwaltung wenden muss. Schließlich erhielt meine Tochter mit ihrer Familie auf Grund der Dringlichkeit eine schöne Wohnung, sogar im gleichen Stadtteil, in dem ich wohne.

Dafür bin ich diesen beiden und stellvertretend der gesamten PDS für immer

dankbar.

Immer mehr Ostdeutsche, darunter auch zahlreiche einfache CDU-Mitglieder, empören sich über solche Ausfälle wie den eigang zitierten, weil sich die PDS schon seit vielen Jahren für soziale Gerechtigkeit einsetzt und darum kämpft. Sie können deshalb nicht verstehen, warum Siegfried Schlegel an einer Kandidatur für den Landtag gehindert wird. Gerade in dieser Zeit brauchen wir Abgeordnete mit sozialem Engagement und Menschlichkeit und dem Wissen um die Sorgen und Nöte vieler Menschen.

**E.-M. MAUERSBERGER, LEIPZIG**

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Leserzuschriften können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein. Die geäußerten Standpunkte und Meinungen müssen nicht unbedingt mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Die Redaktion

Zur Verlagskritik an meiner Rezension über Ingo Wagners Buch „Eine Partei gibt sich auf“

## Kritik an der Kritik zur Kritik

Politische Fragen sind Streitfragen. Nirgendwo stoßen die gegenteiligen Ansichten und Interessen so kontrovers aufeinander wie in der praktischen Politik. Und seitdem mit dem Wahrheitsmonopol auch die immer recht habende Partei verschwand, muss für die Wahrheit und die bessere Politik der eigene Kopf bemüht werden. Dabei geht es um Fakten und überzeugende Argumente.

Doch wenn einer gar zu blindwütig mit Unterstellungen um sich schlägt und eine linke Zeitung wie LN bezichtigt, ein „bürgerliches Blatt“ zu sein, weil dort eine kritische (keinesfalls unfreundliche) Rezension zu einem missglückten Buch erschien, dann ist das nicht eulenspiegelartig, und die Frage nach den Beweggründen ist zu

stellen. Da der Rezensent auch an der Buchvorstellung des Autors teilgenommen hat, weiß er, dass dieser zur Unzeit zur Veröffentlichung seiner unfertigen Vorlage von bestimmter Seite gedrängt wurde, die damit auch für dessen nichtssagenden (oberdrein geklauten) Titel und das missratene Logo verantwortlich zeichnet. Wer solche Berater hat, kann einem leid tun. Der braucht keine Feinde.

Nein, es ist nicht verboten und auch nicht unüblich, die PDS von „links“, von marxistischer Position (was, immer auch darunter verstanden wird) zu kritisieren. Die *Junge Welt* tut das nahezu täglich, andere (z. B. Sahara Wagenknecht und Uwe-Jens Heuer) in Buchpublikationen. Kritisches zum Chemnitzer

Parteitag ist auch bei Heuer (z. B. in „Marxismus und Politik“) nachzulesen, allerdings eingeordnet in historische Gesamtzusammenhänge und Kräftekonstellationen und mit Verweisen auf offene Fragen im Hinblick auf das praktisch Mögliche und mit konstruktivem Blick nach vorn. Das alles fehlt (leider!) bei Wagner, der das Ende der PDS als linke Partei gekommen sieht. Einseitig auf die Programmdiskussion und die PDS-Führung „eingeschossen“, verteuft er seine Widersacher und praktiziert eine reinliche Scheidung in „Marxisten“ und „Reformer“, d. h. in „Gut“ und „Böse“. Eine „Generalabrechnung“ ohne jeden Selbstzweifel! Ist das marxistisch?

**H. SÄNGER, SCHWERIN**

## Ringen um den Palast der Republik in Berlin

Die Bürgerinitiative „Pro Palast“ und der Sprecherrat der ehemaligen Mitarbeiter des Palastes der Republik sind Organisatoren eines langjährigen Protestes gegen den Abriss des Gebäudes. Das Interesse vieler Menschen am Umgang mit Berlins zentralem Ort „Schlossplatz“ mit dem vorhandenen und vom Asbest befreiten Rohbau des Palastes der Republik ist groß. Das drückt sich in unerwartet hohen Besucherzahlen bei Besichtigungen und kulturellen Veranstaltungen im ehemaligen „Haus des Volkes“ aus. Das gegenwärtige Erscheinungsbild des Gebäudes ist dem rücksichtslosen Umgang bei der „Totalsanierung“ geschuldet und Ausdruck politischer Willkür. Den architektonischen Kahlschlag, wie ihn CDU, FDP und Vertreter der SPD fordern, lehnen wir ab.

Das Äußere angemessen zu verbessern, steht der Bund als Eigentümer in der Pflicht. Die Mitglieder der

Bürgerinitiativen unterstützen die Aktivitäten zur zeitweiligen kulturellen Nutzung des Gebäudes. Wir halten die alsbaldige verbindliche Klärung von kultureller, bürgeroffener, begrenzt kommerzieller Nutzung, Gestaltung und Finanzierung des Areals Spreeinsel-Mitte für dringend erforderlich. Deshalb ersuchen wir um breite Unterstützung für das in die Zukunft gerichtete Anliegen.

Wenden Sie sich telefonisch oder schriftlich an den Sprecher der Bürgerinitiative Pro Palast, Herrn Dr. Rudolf Ellereit, Bürohaus Weydingerstr. 14-16, 10178 Berlin, Tel.: 030-24 95 386.

Aktuelle Reportagen zum Palast der Republik finden Sie im Internet unter [www.arbeiterfotografie.de](http://www.arbeiterfotografie.de)

Eine Dokumentation mit Daten und Fakten für den Zeitraum von der Planung bis zum zweijährigen Abriss-Moratorium vom September 2003 und eine Folge von CD mit Bild- und Textdokumenten stellen wir gern zur Verfügung. Im Internet finden Sie uns unter [www.palast.com](http://www.palast.com).

**I. A. HORST WELLNER, BERLIN**

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.

☎: 0341-9608531, Fax: 0341-2125877



**VERANSTALTUNGEN**

**Dienstag, 7. September, 18 Uhr, Leipzig**  
 Buchvorstellung: *Alma mater lipsiensis. Geschichte der Universität Leipzig von 1409 bis zur Gegenwart.* Mit dem Autor Prof. Dr. Konrad Krause  
 Harkortstr. 10

**Donnerstag, 9. September, 18 Uhr, Chemnitz**  
 Vortrag und Diskussion: *Weniger arbeiten! Arbeitszeitverkürzung – Begründungen, Probleme, Lösungsansätze.* Mit Ronald Blaschke und Karl-Friedrich Zais, MdL \*\*\*  
 Soziokulturelles Zentrum QUEER BEET, Rosenplatz 4

**Donnerstag, 9. September, 19 Uhr, Dresden**  
 Vortrag und Diskussion: *Am Troppf. Die Misere der ostdeutschen Wirtschaft und ihre Perspektive.* Mit Dr. Ulrich Busch, Volks- und Finanzwirtschaftler, Berlin  
 „WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

**Sonnabend, 11. September, 19 Uhr, Dresden**  
 Beitrag zu den Interkulturellen Tagen 2004: *Zum 100. Geburtstag des chilenischen Dichters Pablo Neruda: Musikalisch begleitete Lesung von Gedichten Pablo Nerudas in Spanisch und Deutsch.* In Zusammenarbeit mit Ausländerrat, Asociación Cultural Iberio Americana / ACIA. Kostenbeitrag: 3 Euro / 2 Euro  
 Societätstheater (Foyer), An der Dreikönigskirche 1a

**Montag, 13. September, 18 Uhr, Leipzig**  
 Diskussionsforum: *Weniger arbeiten! Arbeitszeitverkürzung – Begründungen, Probleme, Lösungsansätze.* Mit Ronald Blaschke, Bernhard Krabiell (ver.di) und Karl-Friedrich Zais, MdL. Moderation Dr. Dieter Janke. In Zusammenarbeit mit ver.di \*\*\*  
 Gewerkschaftshaus, Karl-Liebknecht-Str. 30, Saal, 5. Etage

**Mittwoch, 15. September, 18 Uhr, Chemnitz**  
 Vortrag und Diskussion: *Was bringt unserem tschechischen Nachbarn der Beitritt in die EU?.* Mit Prof. Dr. habil. Karl-Heinz Gräfe, Freital  
 Soziokulturelles Zentrum QUER BEET, Rosenplatz 4

**Donnerstag, 16. September, 18 Uhr, Dresden**  
 Diskussionsforum: *Weniger arbeiten! Arbeitszeitverkürzung – Begründungen, Probleme, Lösungsansätze.* Mit MdL Karl-Friedrich Zais (Sprecher für Arbeitsmarktpolitik PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag), Ronald Blaschke (Arbeitslosenverband am Runden Tisch der Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen) und Dr. Jürgen Leibiger (Dozent für Volkswirtschaftslehre). In Zusammenarbeit mit ver.di Jugend Sachsen  
 Haus der Gewerkschaften, Schützenplatz 14

**Freitag, 17. September, 10–16 Uhr, Leipzig**  
*Aktualität und Historizität von Philosophiegeschichte.* Kolloquium anlässlich des 75. Geburtstages des Philosophiehistorikers Helmut Seidel \*\*\*  
 Kuppelsaal der Leipziger Verkehrsbetriebe, Karl-Liebknecht-Str. 12

\*\*\* Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt.

Die Veranstaltungen sind für jedermann offen

**Leipzig: Sachsenweite Demonstration am 11. September 2004, 15 Uhr, Richard-Wagner-Platz (Blechbüchse)**

**Keine Nazis in den Landtag – Die soziale Frage nicht von Rechts beantworten!**

Die Lage in Sachsen ist besorgniserregend. NPD und andere rechtsradikale Parteien versuchen den Protest der Bevölkerung gegen Hartz IV und Agenda 2010 zu vereinnahmen und rechte Ideen in die Protestbewegung zu tragen.

Die NPd konnte in den vergangenen Monaten massive Zugewinne verzeichnen, ist mit 44 Sitzen in kommunalen Parlamenten vertreten und die Gefahr ist groß, dass sie bei der Landtagswahl am 19. September die Fünf-Prozent-Hürde knacken.

Dagegen müssen wir uns entschieden wehren. Rechtsradikale haben in unseren Parlamenten nichts verloren!

Um den Protest gegen den Aufschwung der Rechtsradikalen lautstark auf die Straße zu bringen, organisiert ein Aktionsbündnis eine Demonstration gegen Rechts, damit Rechtsradikale nicht durch Protestwahl in den Landtag einziehen, so Daniel Gollasch vom Veranstalterbündnis.

Die Demonstration soll ein Zeichen der geschlossenen Ablehnung rechtsradikalen Gedankengutes sein. Deshalb sind alle Menschen, unabhängig ihrer Parteizugehörigkeit aufgefordert, teilzunehmen. Auf der Demonstration werden mehrere Vertreter aus Politik und Gesellschaft zu Wort kommen.

Es geht um die Zukunft Sachsens – es geht um uns!

**AKTIONSBÜNDNIS GEGEN RECHTS**

**Marxistisches Forum Leipzig und „Rotfuchs“, Regionalgruppe Leipzig**  
 laden ein zum Forum:  
**Neue Linkspartei – eine Alternative?**

mit Prof. Dr. Ekkehard Lieberam am **7. 9., 18 Uhr**, im Liebknecht-Haus Leipzig, Braustr. 15

**VVN/BdA Leipzig**  
 bittet die Bürger Leipzigs und alle Antifaschisten, an der Gedenkveranstaltung anlässlich des Jahrestages der Opfer des Faschismus am **11. September, 10 Uhr**, auf dem Südfriedhof Leipzig teilzunehmen.

**Liebe**

**Irmgard Leitert zu deinem 80. Geburtstag am 11. September gratulieren wir auf das herzlichste und wünschen Gesundheit und alles erdenklich Gute**

Die Genossinnen und Genossen der PDS-Basisorganisation Lößnig II

**Initiative Christliche Linke**

**13. 9., 18 Uhr**, Gemeindesaal der Nikolaikirche Leipzig, Hermann Gerathewohl: *Dorothee Sölle und die Befreiungstheologie in Lateinamerika*

**Tausche Blindengeld gegen Augenlicht**

Der Landtag Niedersachsens beabsichtigt, das Landes-Blindengeld als finanziellen Nachteilsausgleich für die Betroffenen ersatzlos zu streichen, und hat andere Bundesländer aufgerufen, seinem Spar-Beispiel zu folgen.

Um gegen diese Pläne zu protestieren und so einen dominierenden sozialen Flächenbrand in ganz Deutschland zu verhindern, können sich auch Blinde und Sehbehinderte (und natürlich auch andere Bürger!) Sachsens am Sonnabend, dem **11. September 2004**, an einer vom Landesverband Sachsen des Blinden- und Sehbehindertenverbandes e. V. (BSVS) organisierten **Demonstration vor dem niedersächsischen Landtag in Hannover** beteiligen.

*Abfahrt der Busse: Leipzig, Hauptbahnhof Ostseite, 11. 9., 8 Uhr. Die Kosten für Hin- und Rückfahrt betragen 16 Euro pro Person.*

• REINHARD LIEBICH

**Liebe**

**Irmgard Polter zu deinem 85. Geburtstag am 6. September gratulieren wir dir ganz herzlich und wünschen Gesundheit und Wohlergehen**

Die Genossinnen und Genossen der PDS-Basisorganisation Lößnig II

**Polnische Ostsee, deutsche Hotelpension 22,00 € ÜF**  
 Tel.: 00 48 91-3 81 11 72, www.hs.ta.pl

**Konzern-Sponsoring über die Werbung?**

Das funktioniert bei einem linken Blatt aus beiderseitiger Abneigung nicht. Alljährliche Preiserhöhungen muten wir Ihnen nicht zu.

**Finanzieren müssen wir uns dennoch!**

**SPENDEN an:**

**Projekt Linke Zeitung e. V., Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860 555 92, Kennwort: Spende für LN**

**Übrigens: LN ist auch ein feines Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...**

**Bestellschein**

**LIEFERANSCHRIFT:**

Name, Vorname  
 Straße, Hausnummer  
 PLZ, Ort  
 evtl. Telefon

**RECHNUNGSANSCHRIFT**  
 (nur extra auszufüllen, wenn dies ein  **Geschenkabonnement** ist)

Name, Vorname  
 Straße, Hausnummer  
 PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

**Solidaritätspreis:**  Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Ausgefüllten Bestellschein bitte an

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig schicken

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis 1 Monat vor Bezugsende in der Redaktion kündigt.

Ich bitte um Rechnung  
 Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut  
 BLZ  
 Kontonummer  
 Kontoinhaber  
 Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers  
 Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.  
 2. Unterschrift des Auftraggebers

# Wie man Gesetze macht

Zehn Grundsätze moderner Regierungspolitik

Wenn eine Partei zur Regierung kommt, kann es vorkommen, und das immer öfter, dass mancherlei eingerührt wird, das keine allgemeine Zustimmung findet. Das ist nicht tragisch, denn „allen Leuten recht getan ist eine Kunst, die niemand kann“. Dieser entlastende Satz gilt auch dann, wenn man es mit Mehrheiten zu tun hat. Hier einige Grundregeln:

**1** Wahlversprechen sollten sehr allgemein gehalten sein. Hat man den Fehler gemacht, sich zu konkret festzulegen (z. B. Arbeitslosenzahl halbieren) ist guter Rat teuer, aber nicht unmöglich. Es kann nur das schlechte Gedächtnis helfen, das eigene wie das der anderen. Nicht darüber sprechen. Unbequeme Erinnerungsfetischisten sind möglichst aus dem Verkehr zu ziehen (Stasikeule – wirkt immer!).

**2** Es empfiehlt sich, in geplante Gesetze oder ihre Durchführungsbestimmungen einige Härten einzubauen, die so skandalös sind, dass alle Welt sich daran festbeißt und der zu erwartende Protest auf diese Punkte fokussiert wird. Diese kann man dann leichten Herzens öffentlichkeitswirksam liquidieren, ohne die noch härtere Gesetzessubstanz anzugreifen.

**3** Die Einrichtung von personalen Blitzableitern ist unabdingbar. In der Regel reicht es, auf die Fehler subalternen Mitarbeiter zu verweisen. Diese sind zu tadeln, notfalls zu versetzen, oder auch, wenn es gar nicht anders geht, zu entlassen. Aber Vorsicht! Sich ungerecht behandelt Fühlende sind unberechenbar. Deshalb immer Schweigegeld, in welcher Form auch, einplanen.

Übersteigt das geplante Vorhaben in seiner Dimension alle bisherigen Grenzen der Zumutbarkeit, muss auch der personale Blitzableiter entsprechend gewichtet sein. Gut macht sich da der Rang eines Superministers. Er sollte möglichst hartgekocht und ohne Geschichtskennntnis sein und so arrogant und sagenhaft unbelehrbar auftreten, dass allen die Spucke wegbleibt. Wie strahlend erscheint vor diesem schwarzen Hintergrund das Bild des verständigen und ausgleichenden Chefs!

Da die meisten Bürger eine schlechte Meinung zum **4** gedruckten oder öffentlich gesprochenen Wort haben, ist gelegentliche Medienschelte angebracht. Denn es ist doch klar, dass das große Vorhaben nur verkürzt, sensationsgeil verzerrt oder mit einem zerstörerischen negativ-kritischen Touch die Medienkunden erreicht hat, wenn es nicht gar totgeschwiegen wurde. Da ist die lebensfrohe, optimistisch-zuversichtliche und nicht auf das Negative kaprizierte Tonlage z. B. von Anzeigen der Bundesregierung doch eine ganz andere Botschaft.

Da Letzteres nicht viel hilft, ist zur Ergänzung ein wenig **5** Selbstkritik angebracht. Man streut sich eine Prise Asche aufs Haupt und räumt ein, dass es nicht gelungen ist, die kom-

plizierte Materie „rüberzubringen“. Dieses „Vermittlungsproblem“ sollte auf keinen Fall dem dummen und extrem begriffstutzigen Bürger angelastet werden, sondern als eigenes Versäumnis erscheinen.

Es ist gut, wenn universitäre und sonstige als wissenschaftlich geltende Schlüsselpositionen von Leuten besetzt sind, die auf gleicher Wellenlänge senden. Mit Gutachten von Wirtschaftsweisen und sonstigen auserlesenen Experten lassen sich die unpopulären Exzesse wunderbar als „alternativlos“ darstellen. Diese Alternativlosigkeit gilt es bei jeder passenden Gelegenheit zu betonen. Dem unbefangenen Protestierer, der in der Regel keinen eigenen Braintrust im Hintergrund hat, ist immer wieder nachzuweisen, dass er ja keinen wissenschaftlich abgesicherten Gegenentwurf vorweisen kann.

Eine ordentliche Opposition von rechts ist unbezahlbar. Sie muss jede unpopuläre Maßnahme lautstark als zwar „in die **7** richtige Richtung“ gehend, doch „weitgehend unzureichend“ qualifizieren. Den Kritikern des eigenen Kurses kann man dann unter der Hand zuflüstern: Seid froh, dass wir das machen, bei den anderen würde es noch viel, viel schlimmer kommen!

Wenn allerdings einige rechtsoppositionelle Kräfte vor Wahlen zwecks Stimmenhascherei kalte Füße bekommen und **8** wendehälsig gegen das notwendige Jahrhundertwerk auftreten, sind harte Worte angebracht. Das, wenn auch fiktive, so doch auf jeden Fall abartige und ekelhafte Bündnis von rechts und links kann nicht scharf genug gebranntmarkt werden.

Vorwärts und nicht vergessen: die Disziplin. Man unterscheidet zwischen Partei-, Fraktions- und Koalitionsdisziplin. Am **9** wichtigsten ist die Fraktionsdisziplin. Sie wird in letzter Konsequenz gesichert durch vertrauensvolle Einzelgespräche mit Abgeordneten, die ja wiedergewählt und materiell abgesichert werden wollen.

Aus dem Studium von Grundlagenliteratur lassen sich einige Anregungen zur höheren Wirksamkeit der Regierungspolitik entnehmen. Hier sei auf Machiavelli, Le Bon und andere einschlägige Autoren verwiesen. Auch die Auswertung von Erfahrungen z. B. aus der US-amerikanischen Praxis ist nicht von der Hand zu weisen. Aber immer daran denken: Europa, insbesondere Deutschland, ist nicht Amerika. Ein ganz besonderes Ding ist es aber mit den Ostdeutschen – hier sind unangenehme Überraschungen nicht auszuschließen, so dass alle bisherigen Erkenntnisse nichts nützen, denn trotz Chefsache steckt die Forschung über diese unbekanntes Wesen noch in den Kinderschuhen. • **DETLEF DOHLE**

## Wanderungen durch Neufünfland

Einige Neufünflandwanderer haben in diesen Vorwahltagen keine guten Erfahrungen gesammelt. Das wunderte uns nicht. Wer sich in eine halbverlassene Stadt kutschieren lässt, um dort einen Bahnhof einzuweihen, muss mit Ärger rechnen. Wir mieden das aufgebrauchte Wittenberge und wanderten Wiepersdorf an, weil sich herumgesprungen hatte, dass das einstige Schriftstellerdomizil demnächst geschlossen werden soll. Die rüstige Elfriede Brüning plädierte für den Erhalt des Schlosses, in dem Anna Seghers gern Gast war. Aber dann drückte uns jemand eine Seite aus dem Schriftstellerblatt „Kunst+Kultur“ in die Hand mit einem Brief von Erich Loest, Überschrift „Schließt Wiepersdorf!“ und dann auch die Zeilen: „Es heißt noch lange nicht den Gürtel enger schnallen, wenn das Künstlervolk für ein paar Jahre auf diese

Annehmlichkeit verzichtet.“ Mir kam die Frage in den Sinn, was Anna Seghers dazu wohl gesagt haben würde.

Andernorts stellt man auch viele Fragen. So am thüringischen Lindigshof. Dort ist eine Talsperre über Nacht leergelaufen und niemand weiß, wer den Schieber bediente und damit auch die Fische umbrachte, die

## Bahnhofseinweiher und anderes

nun im Morast versunken sind. Der Bürgermeister von Marksuhl soll sich seit Jahren mit der Frage herumplagen, wem die Talsperre eigentlich gehört. Immerhin fand man eine Spur. Wohin? In die DDR! Deren zuständiger Rat des Kreises soll den Bau einst beschlossen haben. Als die DDR unterging, verschwand faktisch auch der „Staubtreiber“, noch präziser der „Inhaber der wasserrechtlichen Erlaubnis“. Das soll eine LPG Pflanzenproduktion gewesen

sein. Die existiert auch nicht mehr, aber ihre Nachfolgerin, die Agrargenossenschaft Marksuhl und Ettenhausen soll nun zur Kasse gebeten werden. Was wiederum schwer werden könnte, weil sich die LPG angeblich schon zu DDR-Zeiten gegen die Talsperre gesträubt hatte. Wir zogen entnervt weiter. Nur nicht in einen der endlosen Streite hineinziehen lassen.

Aber Neufünfland könnte wohl auch Streitland heißen. Im Märkischen streitet man sich um eine Kindertagesstätte. Fredersdorf wurde in Belzig eingemeindet, und kaum war das geschehen, hatte man kein Geld mehr für die Kindertagesstätte. Jetzt sollen die Kinder also umgesiedelt werden, was viel Ärger auslöste. Wir wurden um unsere Meinung gebeten und trösteten die Betroffenen: Demnächst kommt vielleicht einer des Weges, weiht einen neuen Bahnhof ein und weiß auch Rat wegen der Kindertagesstätte von Fredersdorf.

• **KLAUS HUHN**

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt  
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

## FUNDSACHEN

*Mannschaften, die aus solchen Städtchen wie Aue kommen, das kein Mensch in Deutschland kennt ...*

Sportsendung im DLF 8. 8.

*Im Juli 2004 sind in den USA 32 000 neue Arbeitsstellen entstanden. Die US-Volkswirtschaftler hatten mit 300 000 gerechnet.*

DLF 9. 8.

*Näherinnen in einem Betrieb in San Salvador, die für Adidas Sportkleidung herstellen, erhalten einen Stundenlohn von unter einem Dollar. Sie dürfen zweimal am Tag auf die Toilette gehen. Überall in den Nähsälen sind Überwachungskameras angebracht. Jede Näherin, die von ihrem Arbeitsplatz aufsteht, wird über Lautsprecher verwart. Ein Sprecher von Adidas-Salomon: Das ist eine ökonomische Notwendigkeit, um im Wettbewerb zu bestehen.*

ARD 9. 8.

*In Venezuela haben 90 Prozent der Unternehmen bisher keine Steuern gezahlt. Jetzt rebellieren sie gegen die Regierung Chavez, die dieser Ungerechtigkeit ein Ende setzen will.*

DLF 10. 8.

• GEFUNDEN VON  
**MANFRED ERBE**



**Herausgeber:** Projekt Linke Zeitung e. V., V. i. S. P.: Rahel Springer

**Redaktion:** Braustraße 15, 04107 Leipzig,

Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

E-Mail: leipzigs\_neue@t-online.de

Internet: www.leipzigs-neue.de

Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

**Vertrieb, Abonnement, Abrechnung:**

Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice, Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.

Tel./Fax: 0341 / 21 32 345

**Anzeigen, Werbung:**

BERGdigital, Hans-Jürgen Berg, Ziegel-

straße 7c, 04420 Markranstädt. Tel.:

034205/18 010, Fax: 034205/18 062

E-Mail: bergpr@web.de

**Druck:** Rollenoffset-Kiel GmbH

Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

**Redaktionsschluss** dieser Ausgabe:

30. August

**Die nächste Ausgabe** erscheint am

17. September

**Spendenkonto** für Projekt Linke Zeitung e. V.

bei der Sparkasse Leipzig, BLZ: 860 555 92,

Konto: 11 50 11 48 40